

Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Wirtschaft unter Besatzung

Liebe Leserinnen und Leser,

unter Besatzung kann sich eine Wirtschaft nicht entfalten. Dabei erweist sich neben der Abriegelung des Gazastreifens die israelische Verwaltung der C-Gebiete, die 63% der Westbank umfassen und in denen die palästinensische Autonomiebehörde nichts zu sagen hat, als größtes Wirtschaftshemmnis. Lesen Sie dazu die Einschätzung der Weltbank und das Beispiel eines Restaurant-Abbrisses auf Seite 5.

So kommt der Entwicklungshilfe eine immer größere Aufgabe zu. Dies wird in Palästina durchaus auch kritisch gesehen, weil dadurch Abhängigkeit steigt.

Über Ihre/Eure Rückmeldungen freuen wir uns.

Die Redaktion
redaktion@dpg-netz.de



Bauersfrau in Gaza. Der Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt sinkt Jahr für Jahr und liegt derzeit bei 4%. Dies ist hauptsächlich auf den durch die israelische Besatzung erschwerten Zugang zu Land und Wasser zurückzuführen. Auch das fruchtbare palästinensische Jordantal ist C-Gebiet.

Foto: Sharif Sarhan

Sharif Sarhan ist 1976 in Gaza geboren. Der Fotograf und Designer ist Mitbegründer der Künstlergruppe "Windows from Gaza for Contemporary Art" www.shareefphoto.ps

Investieren in Palästina erfordert Rückzug aus Firmenbeteiligungen, die von der Besatzung profitieren

Vor nun fast zwei Jahrzehnten hatte ich einen Traum. Ich ging davon aus, dass die historische Tragödie, die über das palästinensische Volk hereingebrochen war, sich ihrem Ende nähern würde. Infolgedessen wollte ich nicht mehr bloßer Beobachter der sich anbahnenden historischen Entwicklung bleiben, sondern meine in den USA erworbene Ausbildung und Berufserfahrung einsetzen, um zur Schaffung neuer Verhältnisse vor Ort beizutragen – zum Aufbau einer Wirtschaft zugunsten des neu entstehenden palästinensischen Staates.

Mein Traum hat sich schließlich in einen Alptraum verwandelt, der von vielen Leuten überall auf der Welt ständig verlängert und finanziell garantiert wird.

Kurz nachdem Palästinenser und Israelis ihr allererstes Abkommen unterzeichnet hatten – die Oslo-Verträge von 1993 – zog ich mit meiner Familie aus einem komfortablen Wohnviertel in Youngstown Ohio, meiner Heimatstadt, nach Al-Bireh um, dem Geburtsort meines Vaters - eine palästinensische Stadt rund fünfzehn Kilometer nördlich von Jerusalem im besetzten Westjordanland.

Bevor ich ins Heilige Land übersiedelte, hatte ich das Oslo-Abkommen sorgfältig gelesen. Ich begab mich in das nahöstliche Pulverfass überzeugt, dass das 5-jährige Interims-Abkommen, das die Parteien auf der grünen Wiese des Weißen Hauses unterzeichnet hatten, die israelische Besatzung des Westjordanlands, Ost-Jerusalems und des Gaza-Streifens zwar nicht unmittelbar beenden würde, aber dass das Abkommen neue Möglichkeiten wirtschaftlicher und anderer Art eröffnen würde. Selbst in den Fällen, wo die einseitige Genehmigung Israels erforderlich war.

Im Laufe der Jahre hat allerdings Israel nicht nur die Entstehung einer neuen palästinensischen Wirtschaft verhindert, mehr noch: Israel hat strukturell und mit System alles getan, um sogar die Keime

einer solchen produktiven Wirtschaft an ihrer Entwicklung zu hindern.

Lieber in Palästina investieren statt Geld aus Konzernen abziehen, die von der Besatzung profitieren?

Angesichts der Tatsache, dass so viele angesehene internationale Organisationen und Wissenschaftler die Realität erkennen und beschreiben, fragt es sich, was dagegen unternommen wird. Anfang Juli 2012 hat die Presbyterianische Kirche (in den USA) in Pittsburgh ihre 220. Generalversammlung abgehalten. Das Treffen fand internationale Beachtung in den Medien wegen eines bestimmten Tagesordnungspunkts: dass die Kirche ihre Anteile aus den US-Unternehmen Caterpillar, Motorola und Hewlett Packard zurückziehen möge. Diese Firmen standen im Fokus, weil sie direkt an der illegalen israelischen Besatzung von Palästinensern beteiligt sind und davon profitieren. Wenn auch im Ergebnis die presbyterianischen Delegierten mit 333 zu 331 bei 2 Enthaltungen nur ganz knapp entschieden, dem Antrag nicht zu folgen, beschloss die Generalversammlung immerhin, „positive Investitionen“ in den besetzten palästinensischen Gebieten zu ermutigen. Viele, die sich über die verzweifelte Lage in Palästina im Klaren sind, mögen davon enttäuscht sein, dass der Antrag auf Rückzug keine Mehrheit fand. Ich schätze die Auseinandersetzung allerdings etwas anders ein. Der erzieherische Wert der Debatte um diese Frage in einer der bedeutendsten Religionsgemeinschaften der USA war von unschätzbbarer Bedeutung. Ich habe keinen Zweifel daran, dass schon in naher Zukunft ein Votum zum Desinvestment bei diesen drei Firmen – und vielleicht auch bei weiteren, die von der Besatzung profitieren - möglich wird. Was mir Sorgen bereitet ist, dass die Taktik der Israel-Lobby während der Debatte massiv darauf abzielte, ein „positives Investment“ zu fördern. Durch unerhörten Druck auf die Kirchentagsdelegierten gelang es ihr, den Schwerpunkt von der For-

derung nach einem Rückzug aus den drei Firmen, die von der gewaltsamen militärischen Besatzung der Palästinenser durch Israel profitieren, auf die Forderung nach „positiven Investitionen in Palästina“ zu verlagern. Diejenigen, die sich für „positive Investitionen“ einsetzen und diejenigen, die schließlich dafür stimmten, schienen nicht zu begreifen, dass die Presbyterianer sich bereits seit sechs Jahren für solche Investitionen einsetzen. Im Ergebnis war es ihnen aber nicht gelungen, auf sichere Investitionen in Palästina umzusteuern, da der Zwangscharakter der israelischen Besatzung die Profite gefährden würde.

Jeder Arbeitsplatz ein Mittel des gewaltlosen Widerstandes

Ich will die Idee der „positiven Investitionen“ nicht kleinreden. Im Gegenteil, mit meiner Stabsabteilung arbeite ich unermüdlich daran, neue Ideen für das Geschäftsleben in Palästina zu entwickeln und ihre Umsetzung zu fördern. Ich bin allerdings lange genug hier, um zu verstehen, dass Israel uns daran hindert, eine echte Wirtschaft aufzubauen mit der Konsequenz, dass jeder Arbeitsplatz, den wir schaffen, tatsächlich zu einem Mittel des gewaltlosen Widerstands wird und einer palästinensischen Familie Hoffnung gibt, dass sie bleiben kann und nicht emigrieren muss. Ein Palästinenser ohne andere Optionen wird versuchen, irgendetwas vor Ort aufzubauen, während ein auswärtiger Geschäftsmann alle anderen Optionen prüft, die Risiken einschätzt und eher geneigt sein dürfte, anderswo zu investieren. Jegliche Investition sieht sich vom israelischen Militär bedroht, das von der israelischen Regierung gelenkt wird und das sich auch in die kleinsten Angelegenheiten der palästinensischen Wirtschaft einmischt. Dieses „Mikromanagement“ bezieht sich u.a. auch auf den Bereich der Telekommunikation oder auf die neu geschaffenen Private Equity Fonds. Der hochglanzpolierte Bluff des „Wirtschaftsfriedens“ ist schlicht und einfach unrealistisch für Men-

schen unter militärischer Besatzung. Er ist auch unmöglich. Nun argumentieren einige, dass wohlmeinende Presbyterianer und auch andere mehr in Palästina investieren sollen anstatt sich aus Israel zurück zu ziehen. Desinvestment, so behaupten sie, klinge zu negativ. Nichts könnte weiter entfernt sein von der Wahrheit. Desinvestment ist eine sehr ausgereifte, bewährte und gewaltlose Methode, um gegen Unrecht vorzugehen. Es gibt keinen Grund für die Annahme, dass es nicht Hand in Hand mit Investitionen gehen könne. Es ist die israelische Besatzung, die jede nachhaltige Entwicklung Palästinas fast unmöglich macht.

Erfolgreiches Investieren setzt Ende der Besatzung voraus

Im letzten Jahr hat die Weltbank anerkannt, dass das palästinensische „Wirtschaftswachstum nicht nachhaltig ist, vorrangig von Mitteln anderer Geberländer betrieben wird und nicht dazu führt, dass sich der schwache private Sektor entwickelt. Dieser wird durch israelische Restriktionen erstickt, was den Zugang zu Naturressourcen und Märkten betrifft“.

In geradezu Orwellscher Manier setzen sich Pro-Israel-Lobbyisten dafür ein, in Palästina zu investieren, blenden aber gleichzeitig aus, dass die palästinensische Wirtschaft von der israelischen Wirtschaft stranguliert wird. Investitionen in Palästina – ohne Desinvestment von der israelischen Besatzung – führt nur dazu, dass der Status quo der militärischen Besatzung zementiert wird. Ein erfolgreiches Investment setzt voraus, dass die Besatzung beendet wird und die Kontrolle in palästinensische Hand übergeht.

Die palästinensische Zivilgesellschaft und die Palästinenser – sowohl Christen und Muslime – haben immer wieder darauf gedrängt, dass ein gerechter Friede den wirtschaftlichen Rückzug aus der Besatzung verlangt. Wir kämpfen weiter und geben die Hoffnung nicht auf, während eine

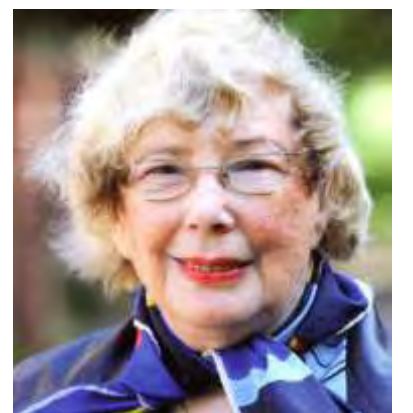
Inhalt

Hintergrund: Investieren in Palästina	Seite 1
Nachrichten aus Palästina	Seite 2
Deutsche und EU-Nahostpolitik	Seite 2
Kommentar	Seite 3
Aktivitäten	Seite 3
Schwerpunkt: Wirtschaft unter Besatzung	Seite 4
Weltweite Solidarität	Seite 6
Bücher und Filme	Seite 7
Projekthilfe: Fischer in Gaza	Seite 8
Kurzgeschichte, Kunst	Seite 8
Impressum	Seite 8

bis zu elf Meter hohe Betonmauer sich durch unsere Heimat schlängelt. Wir wollen aber nicht in einem schöneren Gefängnis leben. Wir wollen, dass die Gefängnismauern, die Palästinenser von Palästinensern trennen, eingerissen werden. Das wird nicht gelingen ohne Israel durch wirtschaftlichen Druck zu zwingen, die Besatzung aufzugeben.

Sam Bahour
Übersetzt aus dem Englischen von Hermann Dierkes

Felicia Langer



„Die Palästinenser, enteignet und gequält durch Israel, haben mein Herz und meine Seele gewonnen und dies bis auf den heutigen Tag. So sehr ich konnte, habe ich versucht, den Opfern der israelischen kolonialen Besatzung in und außerhalb der Gefängnisse zu helfen, damit die Wahrheit über die israelische Unterdrückung überall ans Licht kommt, um damit Frieden in Gerechtigkeit zwischen dem palästinensischen und dem israelischen Volk voranzubringen.“

Aus der Dankesrede von Felicia Langer bei der Entgegennahme des palästinensischen Ordens für besondere Verdienste aus der Hand von Präsident Mahmoud Abbas am 17.1.2012 in Berlin. Im Juli 2009 erhielt Felicia Langer das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

Nachrichten aus Palästina



Wurde Arafat doch vergiftet?

Eine Untersuchung, die von Al-Jazeera TV in Auftrag gegeben und von einem wissenschaftlichen Schweizer Institut durchgeführt wurde, hat in den Kleidungsstücken Arafats Polonium nachgewiesen. Arafat könnte durch diese tödlich wirkende radio-

aktive Substanz, die nicht aufgedeckt werden kann, wenn man nicht speziell nach ihr sucht, vergiftet worden sein. Eine Exhumierung Arafats könnte weitere Beweise zutage fördern.

Zehn Jahre Mauer in Palästina

Vor zehn Jahren hat die israelische Regierung mit dem Bau der Sperranlage begonnen. Das UN-Büro für die Koordinierung der humanitären Hilfe in den besetzten palästinensischen Gebieten (ochaopt) bilanziert den Stand des Mauerbaus: Sie besteht aus Betonmauer, Zaun oder Graben, aus Stacheldraht, Sandstreifen, elektronischer Überwachung, Straßen für Armeepatrouillen und einer Pufferzone. Die Gesamtlänge der Sperranlage beträgt 708 Kilometer, was der doppelten Länge der Waffenstillstandslinie von 1949 zwischen Israel und der Westbank entspricht. Davon waren im Juli 2012 62% fertiggestellt, 8% im Bau und 30% in Planung. Wenn sie fertiggestellt ist, wird 85% der Mauer innerhalb der Westbank verlaufen. 9,4% des Gebiets der Westbank und Ostjerusalems werden dadurch abgetrennt. 71 der 150 israelischen



Mauer bei Betlehem, the Spirit of Sumud
Foto: James Prineas

Siedlungen in der Westbank und 85% der Siedler befinden sich auf der israelischen Seite der Sperranlage. Palästinenser mit Westbank-Ausweisen, die eine besondere Erlaubnis haben, dürfen Ostjerusalem nur über vier der 14 Kontrollpunkte, die es um die Stadt herum gibt, betreten. Rund 7500 Palästinenser, die zwischen der Mauer und der Waffenstillstandslinie leben, benötigen eine spezielle Genehmigung, um weiter in ihren Häusern leben zu dürfen. Weitere 23.000 werden durch die Mauer isoliert

werden. Rund 150 palästinensische Gemeinden haben Landbesitz auf der anderen Seite der Mauer und benötigen nun Besucherausweise, um auf ihr Land zu gelangen. Der Zugang erfolgt durch 80 Tore, die normalerweise nur während der Oliven-ernte offen sind und nur für eine begrenzte Zeit pro Tag. Während der Ernte im Herbst 2011, sind rund 42% der Anträge auf Zugang abgelehnt worden mit den Begründungen Sicherheit oder fehlender Bezug zum Land. Trotz der Mauer geht die israelische Regierung davon aus, dass sich täglich rund 15.000 Palästinenser nach Israel schmuggeln, um Arbeit zu suchen. Das UN-Schadensregister hat bislang 26.000 Ansprüche wegen materieller Schäden, die durch den Bau der Mauer im der nördlichen Westbank entstanden sind, verzeichnet.

Angriff auf Bauern im Distrikt Yanoun

Israelische Siedler aus der illegalen Siedlung Itamar haben nach Angaben von EAPPI am 7. Juli sechs palästinensische Bauern in Yanoun, die ihren Weizen ernteten und ihre Schafe hüteten, verletzt. Die Siedler waren mit Messern bewaffnet und töteten drei Schafe. Damit begann ein Streit zwischen Bauern und Siedlern. Das Militär setzte Tränengas gegen die Bauern ein. Zwei Weizenfelder und ein Olivenhain brannten nieder. Als andere Bauern zu Hilfe eilen wollten, um die Feuer zu löschen, hinderte sie das Militär daran.

Insgesamt wurden sechs Palästinenser verletzt, fünf mussten ins Krankenhaus: Jawdat Bani Jaber wurde geschlagen, mit dem Messer verletzt und angeschossen. Ibrahim Bani Jaber wurde von den Soldaten mit dem Kolben eines M16-Gewehrs auf den Kopf geschlagen, wobei sein Auge verletzt wurde. Hakimun Bani Jaber wurde aus kurzer Entfernung von

einem Soldaten in den Arm geschossen. Der Bürgermeister von Yanoun hat Angst, dass die Siedler diesen Angriff initiierten, um neue Grenzen herbei zu führen, wodurch de facto eine Menge des Weizenanbaulandes von Yanoun für die Itamar-Siedlung konfisziert würde. Yanoun ist ein kleines Dorf in Area C der Westbank südöstlich von Nablus. Die rund 65 Einwohner sind abhängig von Landwirtschaft und Viehzucht. Rund um das Dorf sind illegale israelische Siedlungen. Seit 1996 werden die Bauern von Siedlergewalt bedroht. Im Oktober 2002 vertrieben die Siedler die Bewohner von Yanoun; damals kamen internationale und israelische Menschenrechtsorganisationen nach Yanoun, um die Bewohner durch ihre Gegenwart zu schützen und ihnen die Rückkehr zu ermöglichen. EAPPI, das Programm des Weltkirchenrates, ist seither in Yanoun tätig.

Mitri Raheb ausgezeichnet

Dr. Mitri Raheb, evangelischer Pfarrer an der Weihnachtskirche in Betlehem ist mit dem Deutschen Medienpreis 2011 ausgezeichnet worden. Der Preis wurde dieses Mal nach Angaben der Veranstalter vier Persönlichkeiten zuerkannt, die leise Friedensstifter sind und deren Wirken ohne große mediale Beachtung stattfindet. Bei der Preisverleihung im Februar in Baden-Baden hielt Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Roman Herzog die Laudatio.

Abhängigkeit von Israel

In den Jahren 2000 bis 2008 ist der Einfluss der israelischen Wirtschaft auf Palästina gewachsen, von 29% auf 44% des Bruttovolkseinkommens, wie who profits untersucht hat. Importe aus Israel nach Palästina betragen 80% des Gesamtimports.

Deutsche und EU-Nahostpolitik

Deutsche Diplomatie

Die Bundesregierung hat rückwirkend zum 1. Januar die palästinensische Generaldelegation in Berlin heraufgestuft. Salah Abdel Schafi ist seither Botschafter und nicht mehr Generaldelegierter. Mit der neuen Bezeichnung seien aber keine Privilegien und keine diplomatische Immunität verbunden. Für die Bundesregierung sind anders als für die zehn osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten sowie Frankreich, Italien, Griechenland, Spanien, Finnland, Island, Norwegen und Österreich volle diplomatische Beziehungen nicht möglich.

Scharfe Kritik an Siedlungsbau

Die deutsche Regierung hat im Dezember 2011 ungewohnt scharf neue Siedlungspläne der israelischen Regierung kritisiert und Israel aufgefordert, vom Bau abzusehen. Anlass war eine Ausschreibung der israelischen Behörden zum Bau von tausend neuen Wohnungen in Ost-Jerusalem und im Westjordanland. Die anhaltenden Ankündigungen neuer Siedlungen seien eine „verheerende Botschaft“ mit Blick auf die laufenden Bemühungen zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern, sagte ein Regierungssprecher. Deutschland fordere die israelische Regierung deshalb „eindringlich“ auf, von der Ausschreibung abzusehen.

EU könnte Siedlungsprodukte bannen

Der britischer Rechtsexperte James Crawford, Whewell Professor für Internationales Recht an der Universität von Cambridge, ist in einer 60seitigen Analyse für die EU zu dem Schluss gekommen, dass

die EU-Staaten rechtmäßig handeln würden, wenn sie den Import von Waren aus Siedlungen in den besetzten Gebieten verbieten würden. Staaten könnten sich dabei auf das EU-Israel Assoziierungsabkommen berufen, das sich auf demokratische Prinzipien und Menschenrechte stützt. Ein Importverbot verstoße auch nicht gegen die Regeln der WTO, weil nach internationalem Recht die Westbank und Gaza nicht als israelisches Gebiet angesehen werden können.

Reise der Linken

Nach einer Delegationsreise nach Israel und Palästina haben linke Politiker, darunter der außenpolitische Sprecher Wolfgang Gehrcke, eine Neuorientierung der deutschen Nahostpolitik gefordert. Zum Kern einer solchen neuen Nahostpolitik gehöre das Ende der Besetzung palästinensischen Territoriums. „Deutschland trägt eine besondere Verantwortung zur Lösung des Nahostkonfliktes beizutragen. Deutsche Verantwortung kann jedoch nicht auf die Schultern der Palästinenserinnen und Palästinenser abgeladen werden.“

Grüne für Staat Palästina

Die Grünen haben ihre Fraktion im Bundestag aufgefordert, von der Bundesregierung eine Zustimmung für den Antrag auf Aufnahme des Staates Palästina im VN-Sicherheitsrat zu fordern und sich gleichzeitig für eine einheitliche EU-Position für eine Statuserhöhung der Palästinenser in der VN-Generalversammlung einzusetzen und selbst ein entsprechendes Abstimmungsverhalten anzukündigen. „Im Zuge der Aufnahme Palästinas in die VN soll sich Deutschland innerhalb der EU für eine Anerkennung Palästinas durch die Mitglied-

staaten der EU einsetzen und diese selbst vollziehen.“

Deutsche Politikerdelegation reist mit Palästinenser

Zum ersten Mal hat ein deutscher Ministerpräsident einen Palästinenser aus Deutschland in seiner Delegation zu politischen Gesprächen mit nach Israel und Palästina genommen. Der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister (CDU) hatte Yazid Shammout, 52, Vorsitzender der palästinensischen Gemeinde in Hannover, eingeladen. Schamout wuchs als libanesischer Bürgerkriegsflüchtling in Ost-Berlin auf und promovierte Ende der 1980er-Jahre an der Humboldt-Universität in Wirtschaftsgeschichte. Nach einer Zwischenstation als Investmentmanager in Kuwait gründete er Anfang der 1990er-Jahre die Dana-Senioreneinrichtungen, eine Gesellschaft, die Pflegeheime und Seniorenresidenzen betreibt. Ebenfalls mitgerist war sein jüdischer Dialogpartner Michael Fürst, 65, Vorsitzender des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen und Sohn von Überlebenden der Shoa. Er hat in Göttingen studiert, ist Fachanwalt für Medizinrecht und Partner der hannoverschen Kanzlei Gregor, Fürst, Steinig. Nach ihrer Rückkehr wurden die beiden in den Medien über ihre Erfahrungen im Nahen Osten befragt. Fürst: „Wir haben in den Gesprächen dargestellt, dass wir einander zuhören. Dort wurde mehrfach gesagt, dass man derzeit nicht miteinander spreche. Wir versuchten deutlich zu machen, dass das der entscheidende Punkt ist. Wenn man nicht miteinander spricht, dann bleibt es bei einem Stillstand. Und das ist eine gefährliche Angelegenheit.“ Fürst und Schammout beurteilen den Konflikt unterschiedlich und finden dennoch zu einer guten Arbeitsgrundlage: „Es wäre uns beiden genug, wenn

dieses erfolgreiche Beispiel in anderen Bundesländern Schule machte.“

EU-Fürsprache für Menschenrechtsverteidiger



Wiederholt hat sich die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton für die Freilassung palästinensischer Menschenrechtsverteidiger eingesetzt, so auch für den 45-jährigen Bassem Tamimi, den ein israelisches Militärgericht am 20. Mai 2012 angeklagt hatte an illegalen Demonstrationen teilgenommen zu haben und Demonstranten zum Steine werfen angestiftet zu haben. „Die EU sieht Bassem Tamimi als Menschenrechtsverteidiger, der sich dem gewaltlosen Protest gegen den Ausbau einer israelischen Siedlung auf dem Land, das seinem Westbank Dorf Nabi Saleh gehört, verschrieben hat. Die EU hat an allen seinen Gerichtsverhandlungen teilgenommen und ist besorgt über die Beweisführung, die sich auf die Zeugenaussage eines Minderjährigen stützt, dessen Rechte bei der Befragung verletzt wurden. Die EU glaubt, dass jeder sein legitimes Recht gewaltlos zu demonstrieren ausüben darf.“ Tamimi wurde am 29. Mai nach über einem Jahr in israelischer Haft freigelassen.

Folter von Kindern

Britische Anwälte haben bei der UN Klage gegen Israel erhoben: vermutlich sind palästinensische Kinder gefoltert worden. Ihr Bericht zeigte Jugendliche, die in Hand-schellen in Einzelhaft vom israelischen Militär gehalten werden. Dies wird als Folter angesehen und als Verletzung der UN-Kinderrechtskonventionen. Der vom britischen Außenamt finanzierte Bericht – Kinder in militärischer Haft - stellt fest, dass Soldaten Kinder in der Regel bei nächtlichen Überfällen in ihren Wohnungen verhaften. Nach israelischem Militärgesetz können palästinensische Jugendliche/Kinder ab 12 Jahren ins Gefängnis gesteckt werden und bis zu drei Monaten ohne Zugang zu einem Anwalt sein. Nach israelischem Recht darf kein israelisches Kind unter 14 ins Gefängnis gesteckt werden, und es muss innerhalb von 48 Stunden einen Rechtsanwalt bekommen.

Island anerkennt Palästina

Als erstes westliches Land hat Island Ende 2011 den Staat Palästina anerkannt. Damit einher gingen formelle diplomatische Beziehungen zwischen Reykjavik und Ramallah.

Neue Handelsabkommen mit Israel

Im August haben die Palästinensische Autonomiebehörde und Israel Handelsabkommen abgeschlossen. Das Steuerabkommen ergibt sich aus dem Paris Protokoll, nachdem Israel die Kontrolle über die Wirtschaft vom Mittelmeer bis zum Jordan behält: Israel wird für die Palästinenser Steuern eintreiben und sie an die Autonomiebehörde weiter leiten. Die Autonomiebehörde verpflichtet sich, den Markt für israelische Waren offen zu halten.

EU schöpft wieder Hoffnung

Nach der Wiederwahl von Obama sieht der EU-Nahost-Beauftragte Andreas Reinicke neue Chancen für eine Nahost-Initiative. Im Deutschlandfunk machte er folgende Aussagen:
Wenn wir uns die Entwicklung vor Ort ansehen und die zunehmende Siedlungstätigkeit, muss man einfach befürchten, dass die Möglichkeiten für eine Zwei-Staaten-Lösung langsam zum Ende zugehen. Daher glaube ich, dass wir diese Initiative im nächsten Jahr benötigen.“
„Wir werden sicherlich warten müssen, bis der israelische Wahlkampf vorbei ist. Und wir haben nicht nur den Siedlungsbau, sondern wir haben auch die finanziellen Probleme der Palästinenser, die zunehmend virulent werden. Die Palästinenser haben bislang zum Beispiel noch nicht die Gehälter für die Staatsangestellten für den Monat ... Oktober auszahlen können.“
„Die EU hat ja immer eine besondere Rolle gehabt in diesem ganzen Nahost-Friedensprozess. Sie ist immer Ideengeber gewesen. Es ist die EU, die eigentlich zum ersten Mal die Idee eines Palästinenserstaates aufgebracht hat, die Zwei-Staaten-Lösung stammt von der Europäischen Union, die Warnung vor der Siedlungspolitik stammt von der Europäischen Union. Und auch jetzt stammt von der Europäischen Union der Hinweis auf die zunehmenden Gefahren durch die Siedlungstätigkeit. Die Europäische Union hat auch immer die Unterstützung des Staatsaufbaus in Palästina unterstrichen, sodass wir jetzt eine funktionsfähige, relativ funktionsfähige Institution da haben. Und die EU hat auch immer den politischen Rahmen der Verhandlungen im Quartett begleitet. Das werden wir sicherlich auch in Zukunft tun. Wir werden natürlich Verhandlungen anstreben und anstreben müssen, zusammen mit den Amerikanern.“ (9.11.2012)

Gast-Kommentar

Alternativen zur Abhängigkeit von internationaler Hilfe?

Die meisten Leute, die ich kenne, glauben, dass sich Palästina verändert, und zwar nicht zum Besseren. Selbst jene, die sich im Vergleich zu früher eines höheren Lebensstandards erfreuen, sind alles in allem mit einer geringeren Lebensqualität konfrontiert. Das palästinensische Engagement für die Gemeinschaft zersetzt sich, Individualismus und Materialismus füllen zunehmend die Leere. Die Hauptursache? Die Abhängigkeit Palästinas von der internationalen Hilfe.

Die Milliarden Dollars, die durch die palästinensische Wirtschaft laufen, mögen uns eine gewisse Zeit einlullen - aber ohne Würde, Eigenständigkeit und einen gerechten Frieden sind alle Versprechen auf Entwicklung trügerisch. Ich denke, die meisten Leute wissen das, können sich aber keine Alternative vorstellen. Nun, die Alternative zur Abhängigkeit von internationaler Hilfe ist einfach: Nicht von internationaler Hilfe abhängig sein. Wollen Sie wissen, wie das geht?

1. Prioritäten zuerst anstelle von Möglichkeiten

Wir brauchen nicht so viele Verkehrspolizisten, die sich auf den Kreuzungen und Plätzen ballen, und wir brauchen nicht diese große Zahl an Demokratie-Workshops. Ja, es gibt Möglichkeiten zur Finanzierung dieser Dinge, aber wir sollten es ablehnen, ständig nur die Vorstellungen anderer umzusetzen. Eine eigenständige Prioritätensetzung, und zwar demokratisch entschieden, würde dazu führen, dass die wirklich wichtigen Dinge des Alltagslebens angepackt werden, und zwar mit Leidenschaft.

2. Einfacher leben

In unsere gemeinsame Zukunft zu investieren anstelle sich auf kurzfristige individuelle Gewinne zu konzentrieren, verlangt,

dass wir einfacher leben. Wenn wir Geld aufnehmen, um Autos und Häuser zu finanzieren, aber die Raten mit unseren inflationären, aus Hilfgeldern stammenden Löhnen nicht zahlen können, haben wir bereits unsere Unabhängigkeit verspielt. Wenn wir auf unsere Cappuccinos verzichten und Tee mit Maramiya (ein Bitterkraut, das traditionell dem Tee beigefügt wird - d. Übers.) trinken, werden wir weniger ausgeben und weniger brauchen.

3. Palästinensische Ressourcen aufwerten

Zu viele Menschen sitzen dem Mythos auf, dass die Palästinenser unzulänglich seien. Doch machen wir uns klar: Palästinenser leben überall auf der Welt, sprechen viele Sprachen und haben Beziehungen zu einflussreichen Leuten. Palästinenser sind hervorragend ausgebildet und sind erfahren auf allen möglichen Gebieten menschlicher Aktivität - von der Wissenschaft über die Künste bis hin zur Politik. Palästinenser verbindet eine gemeinsame Geschichte, ein kulturelles Erbe, eine gemeinsame Zukunft und Standhaftigkeit. Worin besteht also die Unzulänglichkeit? Wenn wir uns den Wert der palästinensischen Ressourcen vergegenwärtigen, müssen wir erkennen, dass die internationale Hilfe nur eine kleine Ergänzung ist im Verhältnis zu den verfügbaren Ressourcen in uns selbst und untereinander.

4. Teilen

Wir können weniger ausgeben, und wir brauchen weniger, wenn wir ganz einfach teilen. Zwei Teilzeitbeschäftigte können sich einen Computer teilen. Zwei Firmen können sich Büroraum teilen. Wir können unsere Zeit als Freiwillige teilen. Wir können unsere öffentlichen Räume für die verschiedensten Zwecke teilen. Verschwendung und Doppelstrukturen zu beseitigen wäre ein großer Schritt, um die Abhängigkeit zu verringern. Des Weiteren geht es darum, den „Abfluss“ nach Israel zu stoppen, indem palästinensische Produkte ge-

kauft werden und man sich Boykotten anschließt, um palästinensische Ressourcen gemeinschaftlich zu entwickeln.

5. Alternative Finanzierungsquellen kultivieren

Wir können solidarisches Verhalten und Investitionen fördern anstelle von Wohltätigkeitszuwendungen, wir sollten mit der Komplizenschaft Schluss machen, die Korruption beseitigen und konsequent ein integrires Verhalten fördern. Wir können die örtlichen Zuwendungen steigern, indem wir Netzwerke für kleine, aber regelmäßige Beiträge aufbauen. Gemeinnützige Spenden der Wirtschaft könnten strategischer angelegt sein und sollten internationale Firmen umfassen, die den palästinensischen Markt beliefern. Gemeinnützige Zuwendungen sollten von Palästinensern aus aller Welt/aus der Diaspora geleistet werden, um damit langfristige Stiftungsvermögen aufzubauen.

6. Internationale Hilfe auswählen

In allen Fällen, in denen wir internationale Hilfe annehmen, sollte diese zu palästinensischen Bedingungen erfolgen und auf eine Weise, die die Abhängigkeit nicht verfestigt.

Am allerwichtigsten: Wir sollten nicht bei der Verschwendung von Ressourcen mitmachen! Palästinenser sollten Fonds ablehnen, an denen überbezahlte ausländische Berater hängen, was keinen zusätzlichen Nutzen bringt oder was dazu führt, dass verzichtbare Waren aus dem Geberland eingekauft werden. Schlechte Hilfe zurückzuweisen ist ein nationales Gebot.

7. Sich der palästinensischen Geschichte und Kultur erinnern

Manche mögen es schwierig finden, sich Alternativen zur Abhängigkeit von interna-

tionaler Hilfe vorzustellen, aber die palästinensische Geschichte und Kultur sind voller Beispiele für Selbständigkeit. Während der ersten Intifada haben die Palästinenser nicht gefragt: „Was kriege ich dafür“, sondern „Was kann ich geben?“ Selbst ein ganz einfacher Impuls, dem Nachbarn etwa einen Teller Weinblätter schicken, trifft es schon. Heute spenden viele Palästinenser Geld, Zeit und Liebe für die palästinensische Sache. Wir müssen uns dieser Aspekte palästinensischer Geschichte und Kultur erinnern und sie erhalten.

8. Noch innovativer sein

Neben der Erinnerung an die palästinensische Geschichte und Kultur und ihrer Beispiele für Selbständigkeit können wir auch von Innovationen in anderen Teilen der Erde lernen. Ich habe gehört, dass ein junger Mensch in Tokio einem alten Nachbarn helfen und damit Stunden „ansparen“ kann, die er oder seine alternen Eltern nutzen können, um Hilfe von einem jungen Nachbarn in Osaka zu erhalten. Ich habe blühende Tauschbörsen erlebt, wo Mitglieder ihre Fähigkeiten angeboten haben – von Zahnärztlichem und Kochen über Kinderhüten bis hin zu Sprachunterricht, und alle bekommen dasselbe Zeitguthaben für Dienstleistungen. Ich habe mitbekommen, dass es elektronische Dienste gibt, über die Leute Dinge anbieten, die sie nicht länger brauchen: Büroeinrichtungen, Kinderwagen oder Computer und andere wiederum holen diese Dinge kostenlos von der Haustür ab. Es gibt eine Menge spannende Beispiele für Innovationen in Palästina. Der Raum für weitere Neuerungen, die uns von internationaler Hilfe unabhängiger machen, ist sehr groß. Ich erinnere mich an meine ersten Busfahrten, nachdem ich nach Palästina gekommen war. Der Bus war fast leer. Der Fahrer hat nicht viel verdient. Vielleicht so wenig, dass er noch nicht einmal Obst kaufen konnte, um es nach Hause zu bringen. Dann fuhren wir an einer alten Fellachin vorbei, die in der Hitze die Straße lang ging. Auf ihrem Kopf trug sie einen Korb mit

Obst. Offensichtlich trug sie ihre Waren zum Markt, hatte aber kein Geld für den Bus. Unser fast leerer Bus fuhr an ihr vorbei.

Dies ist nur ein Beispiel für die vielen unerschlossenen, verborgenen Ressourcen. Die leeren Sitze im Bus sind eine Ressource, aber sie bringen nichts ein, wenn sie nicht benutzt werden. Das Obst, das die Frau auf dem Markt nicht verkaufen kann, ist eine Ressource, aber sie ist wertlos, wenn Leute nicht genug Geld haben, um es zu kaufen. Die Antwort auf diese knifflige Frage ist einfach: Die Frau sollte ihre Busfahrkarte mit Obst bezahlen können. Unglücklicherweise ist es schwer (wirklich schwer!), unsere Denk- und Lebensweise zu ändern, insbesondere nachdem wir jahrelang durch das internationale Hilssystem geprägt worden sind, nachdem Geld die einzige Ressource ist, die einen Wert hat.

Weitere Hindernisse bestehen in der verbreiteten Vorstellung, „dass wir arm sind und nichts geben können. Dass wir auf internationale Hilfe angewiesen sind. Warum sollten sie uns kein Geld geben, wo wir doch unter Besatzung leben?“ Und: „Warum soll ich unentgeltlich Hilfe leisten, wenn andere Leute reich werden?“ Wir müssen lernen anders zu denken - über uns, unsere Ressourcen und unsere Beziehungen untereinander.

Nora Lester Murad

Weiterführende Literatur

Illusion of Development under Israeli Occupation – The Political Motivations of Donors to the Palestinians, von Nassar Ibrahim , 157 S., Bethlehem 2011. Beziehbar über Alternative Information Center, Israel/Palästina - Jerusalem/Beit Sahour

The Political Economy of Israel's Occupation – Repression beyond Exploitation, von Shir Hever, 226 S. PlutoPress 2010

Europe's Alliance with Israel – aiding the Occupation, von David Cronin, 200 S. PlutoPress 2011

Aktivitäten

Bremen hilft mit Olivenbäumen

„Wenn die Olivenbäume die Hände derjenigen kennen würden, die sie gepflanzt hatten, würde ihr Öl zu Tränen.“ Diesen Spruch der palästinensischen Dichters Mahmoud Darwish haben sich die Nahost-Hochschulgruppe Bremen und die Beit Ummar Genossenschaft für landwirtschaftliche Produktion und Dienstleistung, unterstützt von der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft Bremen e.V., zu Herzen genommen. Ihr Fokus liegt auf der Landwirtschaft, einer der wahrscheinlich letzten Garanten ländlicher Einheitlichkeit und Unabhängigkeit Palästinas.

Um die Genossenschaft, die 31 Bauern vereint, zu unterstützen haben sie eine Baumpatenschaft ins Leben gerufen, bei dem jeder Spender für drei Jahre Pate einer Weinrebe, eines Frucht- oder Olivenbaum-es ist. Danach ist das Bäumchen „erwachsen“. Im Gegenzug gibt es eine Urkunde, Spendenbescheid, regelmäßig Infomaterial und lebenslang offene Türen vor Ort. Jeder Baum braucht 46,50 € für drei Jahre Pflege.

Kontakt: info@nhg-bremen.de

Osnabrücker vertraten Palästina

Neun Studierende aus Osnabrück sind nach New York zur Simulation der Vereinten Nationen, der „National Model United Nations“ (NMUN) gereist, um dort Palästina zu vertreten. Die Osnabrücker Zeitung berichtete über ihren spektakulären Auftritt: „Wenn als erster Tagesordnungspunkt der Generalversammlung der Vereinten Nationen jedes Land aufgerufen wird, heißt es: „Present and voting“, anwesend und stimmberechtigt. Ein Land mit Beobachterstatus ist allerdings lediglich „present“. Doch als nun in New York der Staat Palästina aufgerufen wurde, hieß es plötzlich frei übersetzt: „Die Delegation des besetzten palästinensischen Gebietes ist anwesend und fordert, da es von mehr als 130 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen anerkannt wird, das Recht, seine Stimme abzugeben.“ Weiter kamen die Osnabrücker Studenten nicht, denn hier schritt der Vorsitzende ein und unterbrach sie. Ein sicherlich gewagter Auftritt, den die Osnabrücker Studenten bei der Model United Nations in New York ablieferten – für den sie aber viel Anerkennung erhielten.“

Palästina war das Wunschland der Osnabrücker, auch weil der Nahostkonflikt in den Medien so präsent ist. Bei der inhaltlichen Vorbereitung wurden die Studenten von Nazih Musharbash von der Osnabrücker Regionalgruppe der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft unterstützt. Man muss aber nicht bis New York reisen, um so ein UN-Planspiel miterleben zu können. Es lässt sich auch vor Ort durchführen. Die Osnabrücker Studierenden planen nun eine UN-Simulation in ihrer Stadt.

Palästina-Tagung 2013

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft veranstaltet vom 1. bis 3. März 2013 zusammen mit dem Haus Ohrbeck bei Osnabrück ihre jährliche Palästina-Tagung.

*Anmeldung an:
Haus Ohrbeck, Katholische Bildungsstätte, Am Boberg 10, 49124 Georgsmarienhütte www.haus-ohrbeck.de*

Kritik der DPG an Israel-Tag

Mit einem offenen Brief haben sich die Palästinensische Gemeinde Deutschland e.V. (PGD) und die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG) zum Israel-Tag am 14. Mai 2012, bei dem Prominenz aus Politik und Gesellschaft mitwirkte, geäußert.

„Mit Recht darf die Frage gestellt werden, mit welchem Israel sich die Teilnehmer denn tatsächlich solidarisieren. Insbesondere diejenigen, die Personen des öffentlichen Lebens sind und in ihrer Funktion politische Parteien und kirchliche Institutionen repräsentieren.

Israel ist vielfältig - gesellschaftlich, politisch und ethnisch. Die Veranstaltung blendet aber genau diese Vielfalt aus und fokussiert das offizielle, politische Israel. Jenes Israel nämlich, das von ultrarechten Politikern regiert und geführt wird.

Solidarisieren Sie sich mit der israelischen Bevölkerung, die Woche für Woche in Ostjerusalem gegen die Judaisierung des arabischen Teils der Stadt protestiert?

Solidarisieren Sie sich mit der israelischen Bevölkerung, die immer und immer wieder in Bili´n Seite an Seite mit gewaltfreien palästinensischen und internationalen Widerständlern gegen die Apartheidsmauer demonstriert?

Solidarisieren Sie sich mit den israelischen Soldaten, die den Militärdienst im besetzten Palästina aus Gewissens- und humanitären Gründen verweigern?

Solidarisieren Sie sich mit den israelischen Künstlern, die sich weigern, in den rechtswidrig errichteten Siedlungen im besetzten Palästina aufzutreten?

Solidarisieren Sie sich mit der palästinensischen Minderheit in Israel, die seit der Gründung des Staates Repressalien und rassistischen Gesetzen unterworfen ist?

Wenn Sie sich mit diesem Israel solidarisieren, dann haben Sie unser Verständnis und unsere Unterstützung. Denn das ist das Israel, das Frieden und Gerechtigkeit anstrebt und somit jede Form der Solidarität verdient...“

Regionalgruppen der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Nordrhein-Westfalen (Süd)
Name: Peter Bingel
Email: nrw@dpg-netz.de

Köln und Umgebung
Name: Petra Schöning
Email: koeln@dpg-netz.de

Düsseldorf
Name: William Hodali
Email: duesseldorf@dpg-netz.de

Hamburg und Umgebung
Name: Dr. Dieter und Eva Lehmann
Email: hamburg@dpg-netz.de

Hannover
Name: Dr. Wilhelm Wortmann
Email: hannover@dpg-netz.de

Frankfurt/Main
Name: Khalil Toama
Email: frankfurt@dpg-netz.de

Trier
Name: Hazem Shehada
Email: trier@dpg-netz.de

Oldenburg/Ostfriesland
Name: Isam Elkorhaly
Email: oldenburg@dpg-netz.de

Ruhrgebiet
Name: Dr. Yousef Ribhi
Email: ruhrgebiet@dpg-netz.de

Osnabrück und Umgebung
Name: Nazih Musharbash
Email: osnabrueck@dpg-netz.de

Bremen
Name: Detlef Griesche
Email: bremen@dpg-netz.de

Berlin
Name: Jürgen Sandler
Email: berlin@dpg-netz.de

Kassel
Email: kassel@dpg-netz.de

Schwerpunkt: Wirtschaft unter Besatzung

Auszüge aus dem Paris-Protokoll

Protokoll über wirtschaftliche Beziehungen zwischen der Regierung des Staates Israel und der PLO, Paris, 29. April 1994

Artikel 1 Rahmen und Reichweite dieses Protokolls

1. Dieses Protokoll stellt die vertragliche Vereinbarung dar, die die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Seiten regeln wird; es gilt während der Übergangsperiode für die Westbank und den Gazastreifen...
4. In diesem Protokoll bedeutet der Terminus „Gebiete“ Territorien unter der Jurisdiktion der palästinensischen Autorität, gemäß den Verfügungen der Vereinbarung über territoriale Jurisdiktion...

Artikel II Das Gemeinsame Wirtschaftskomitee

1. Beide Parteien werden ein gemeinsames palästinensisch-israelisches Wirtschaftskomitee bilden (im folgenden JEC genannt)...
2. Das JEC wird, wie in Anhang III der Prinzipienerklärung vorgesehen, als ständiger Ausschuss für wirtschaftliche Kooperation dienen.

Artikel III Einfuhrsteuern und Einfuhrpolitik

2. a) Der palästinensischen Autorität wird alle Verfügungsgewalt und alle Verantwortung im Bereich der Einfuhr und der Zollpolitik und -verfahren obliegen...
3. Der Bedarf des palästinensischen Marktes wird zum Zwecke des oben stehenden

Paragraphs 2. a. von einem Unterkomitee bestehend aus Experten festgestellt werden...
7. Die palästinensische Autorität wird eine einheitliche Mehrwertsteuer auf lokal produzierte Waren und Dienstleistungen und auf Importe von Palästinensern erheben...und kann sie auf 15 oder 16% festsetzen...
b) Die Differenz im Endverbraucherpreis für Benzin in Israel und den Gebieten wird 15% des offiziellen Endverbraucherpreises in Israel nicht überschreiten...
b) Zollkontrolle von Personen...
Israelische Zollbeamte werden in der palästinensischen Zollstelle verdeckt präsent sein und haben das Recht, eine Kontrolle von Waren und Gütern sowie der Steuererhebung zu verlangen, wenn diese zu entrichten sind. Im Falle von Verdachtsmomenten wird die Kontrolle von den palästinensischen Beamten in einem separaten Raum in Anwesenheit von israelischen Beamten durchgeführt werden...
19. Schenkungen jeder Art, die der palästinensischen Autorität zugehen, werden von Zollgebühren und anderen Importsteuern befreit werden, wenn sie für Entwicklungsprojekte und nichtkommerzielle humanitäre Zwecke bestimmt sind, und dieser Nutzung zugeführt werden...

Artikel IV Währungs- und Finanzangelegenheiten...

6. Die PLO wird ausländische Devisenhändler in den Gebieten zulassen und die Kontrolle (die Regelung und Überwachung) über ausländische Währungstransaktionen in den Gebieten und der übrigen Welt ausüben...
8. Die PMA wird den 5 Zweigstellen der israelischen Banken, die zur Zeit im Gazastreifen und in der Westbank arbeiten, neue Lizenzen erteilen...
9. a) Jede andere israelische Bank, die ei-

ne Zweigstelle oder eine Nebenstelle in den Gebieten zu eröffnen wünscht, wird sich bei der PMA um eine Lizenz bewerben und wird ebenso wie andere ausländische Banken behandelt werden, vorausgesetzt, dass dieselbe Regelung für palästinensische Banken gilt, die Zweig- oder Nebenstellen in Israel zu errichten wünschen...
10. a) Der neue israelische Shekel (NIS) wird eine der Währungen sein, die in den Gebieten zirkulieren und wird legal als Zahlungsmittel in allen offiziellen Transaktionen dienen...
b) Beide Seiten werden durch das JEC in einem kontinuierlichen Diskussionsprozeß die Möglichkeit in Erwägung ziehen, eine palästinensische Währung oder eine provisorische alternative palästinensische Währung für die palästinensische Autorität einzuführen...
18. a) Der Umtausch ausländischer Währung in NIS und umgekehrt von Seiten der PMA wird durch den „Dealing Room“ der BOI (Bank of Israel, d. Red.) auf Grundlage der marktüblichen Wechselkurse ausgeführt werden...

Artikel V Direkte Besteuerung

Israel wird der palästinensischen Autorität eine Summe übertragen, die folgendem entspricht:
a) 75 % der Einkommenssteuern, die von Palästinensern aus dem Gazastreifen und der Region Jericho eingezogen werden, die in Israel beschäftigt sind.
b) Die Gesamtsumme der Einkommenssteuer, die von Palästinensern aus dem Gazastreifen und der Region Jericho einbehalten wird, die in den Siedlungen beschäftigt sind...

Artikel VII Arbeitskräfte

1.) Die palästinensische Seite hat das

Recht, Bestimmungen für die Einstellung palästinensischer Arbeitskräfte in Israel durch das palästinensische Arbeitsamt zu erlassen und das israelische Arbeitsamt wird in dieser Hinsicht kooperativ und koordinierend wirken.
2.a) Palästinenser, die in Israel angestellt sind, werden in das israelische Sozialversicherungssystem eingebunden werden, das den Bestimmungen des Nationalen Versicherungsgesetzes entspricht; im Falle des Konkurses eines Unternehmens und bei Mutterschaft werden Hilfszahlungen geleistet werden...

Artikel VIII Landwirtschaft

10. Die landwirtschaftliche Produktion beider Seiten wird freien und unbeschränkten Zugang auf den Markt der anderen Seite haben. Vorübergehend ausgenommen von Verkäufen von der einen Seite an die andere sind folgende Waren: Geflügel, Eier, Kartoffeln, Gurken, Tomaten und Melonen. Die vorübergehenden Beschränkungen auf diese Waren werden schrittweise abgeschafft werden, bis sie 1998 endgültig aufgehoben sind.
11. Die Palästinenser werden das Recht haben, ihre landwirtschaftliche Produktion ohne Beschränkung auf ausländischen Märkten anzubieten, Grundlage dafür sind Zertifikate, die von der palästinensischen Autorität ausgestellt werden.

Artikel IX Industrie

1. Es wird einen freien Austausch industrieller Produkte zwischen beiden Seiten geben, ohne jede Beschränkung, ohne Zollgebühren und Importsteuern. Die Regelungen über den Warenaustausch unterliegen der Rechtsprechung jeder Seite...
6. Die Palästinenser werden das Recht haben, ihre Industrieprodukte ohne Be-

schränkung auf ausländischen Märkten anzubieten; Grundlage dafür sind Ursprungszertifikate, die von der palästinensischen Autorität ausgestellt werden.
7. Das JEC wird zusammentreten und die Angelegenheiten, die dieser Artikel regelt, prüfen.

Artikel X Tourismus

4. Touristenbusse und andere Transportmittel, mit denen Touristen befördert werden, werden von der jeweiligen Behörde genehmigt und von Gesellschaften betrieben, die von ihr registriert und mit einer Lizenz versehen wurden; diese Transportmittel werden die Genehmigung erhalten, auch in das unter der Rechtsprechung der jeweils anderen Seite stehende Gebiet zu fahren und sich dort frei weiterzubewegen, vorausgesetzt, dass die Busse und die anderen Fahrzeuge den technischen EEC-Richtlinien entsprechen, die gegenwärtig verabschiedet werden. Alle Fahrzeuge werden deutlich als Touristenfahrzeuge gekennzeichnet...
6. Tourismusgesellschaften und Agenturen werden eine Lizenz der jeweiligen Seite erhalten und gleichberechtigten Zugang zu den touristischen Einrichtungen und Freizeitzentren an den Grenzübergängen erhalten, entsprechend den Richtlinien der Behörde, die diese betreibt...
b) Touristikunternehmen, die von einer Seite autorisiert werden, werden die Genehmigung erhalten, Touren durchzuführen, die das Gebiet unter der juristischen Zuständigkeit der anderen Seite berühren, vorausgesetzt, daß ihre Genehmigung und ihre Aktivitäten in Einklang mit den Bestimmungen, den professionellen Voraussetzungen und Standards stehen, auf die sich beide Seiten in dem Unterkomitee, das gemäß Paragraph 9 zu gründen ist, geeinigt haben.

Sozialproteste in den besetzten Gebieten

Ende September ereigneten sich Proteste in Ramallah und Hebron gegen die palästinensische Autonomiebehörde. Die Demonstranten kritisierten Preissteigerungen etwa bei Benzin und forderten die Aufkündigung des Pariser Protokolls, des Wirtschaftsabkommens mit Israel. Im Gazastreifen zeigten die Menschen ebenfalls ihre Unzufriedenheit mit der dortigen Hamas-Regierung vor allem über die ständigen Stromunterbrechungen. Auslöser war der Tod eines dreijährigen Jungen, der durch ein von Kerzen entfachtem Feuer starb.
Die palästinensische Autonomiebehörde reagierte auf die Proteste u.a. mit einer Senkung der Mehrwertsteuer.

Die Kritik der Demonstranten in der Westbank am Pariser Protokoll:

„Die Kosten für Benzin: Immer wenn die israelische Regierung die Preise und vor allem den Preis für Benzin in Israel erhöht, sind wir verpflichtet, das gleiche hier zu tun! Das Pariser Protokoll schreibt diese Vorgehensweise vor und bestimmt, dass unsere Mehrwertsteuer (Mw.St.) nur 2% niedriger liegen darf als die israelische. Darüber hinaus dürfen die Benzinspreise für die Verbraucher in den Autonomiegebieten nicht mehr als 15% von denen in Israel differieren, obwohl das durchschnittliche Einkommen in Israel dreimal höher liegt als unseres und das israelische Bruttoinlandsprodukt fast 30 Mal höher als in Palästina ist.

Die teuren Importwaren

Das Pariser Protokoll beschränkt palästinensische Händler und Bauern beim Export und erlaubt Israel, die Grenzen und den Export von Produkten zu kontrollieren. Wenn Israel den Export palästinensischer Produkte erlaubt, dann nur unter Einhal-

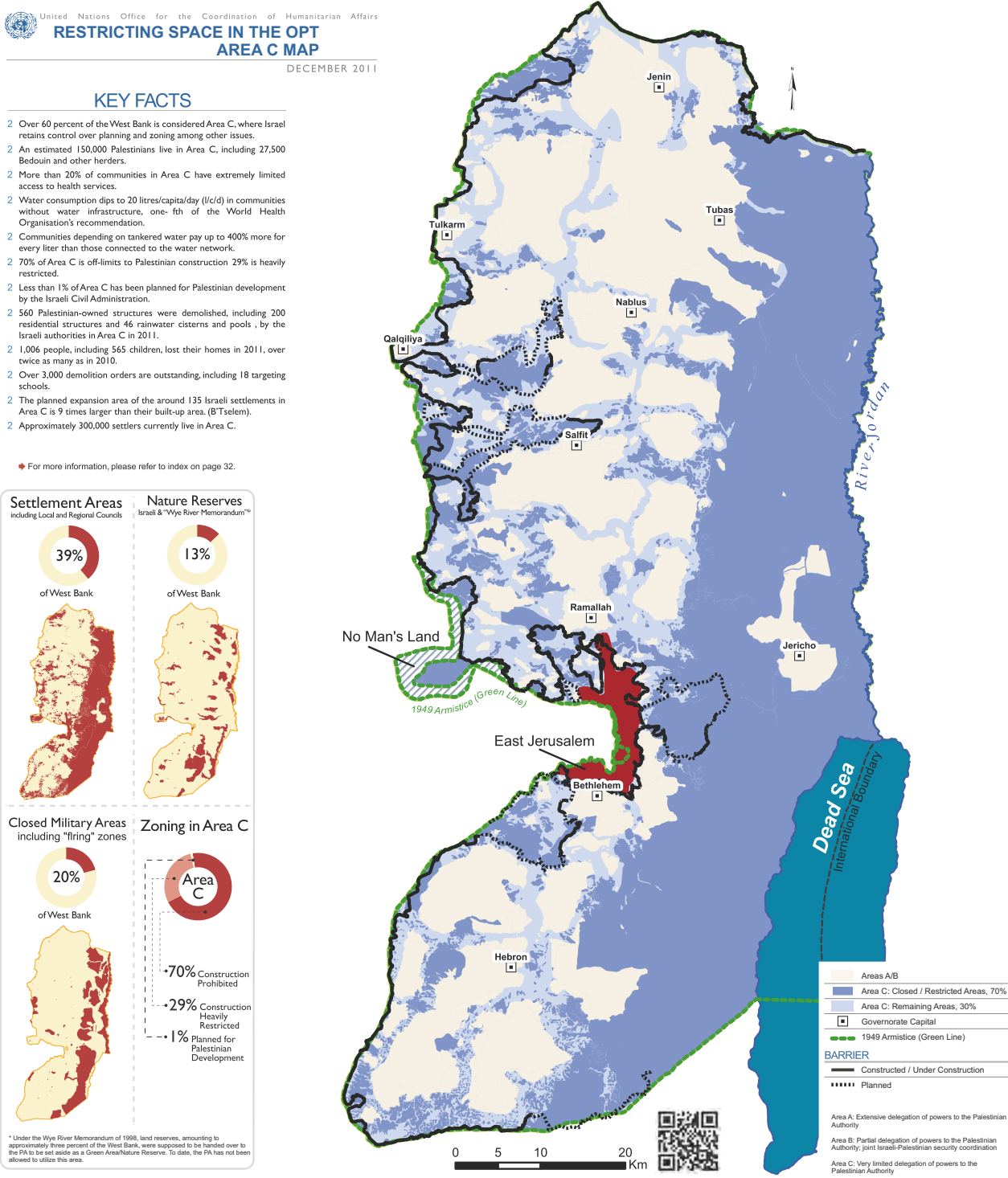
tung technischer Untersuchungen, die den Export verzögern und die Waren, nach den durchgeführten Sicherheits- sowie Laborbestimmungen, verderben lassen. Darüber hinaus legt die Pariser Vereinbarung israelische Standards auf die meisten eingeführten Waren an, wie Zoll, Steuer und Gebühren, obwohl der Lebensstandard zwischen den beiden Volkswirtschaften so unterschiedlich ist. Noch schlimmer ist, dass das Pariser Protokoll dem besetzenden Staat das Recht gewährt, Steuern und Gebühren anstelle der Palästinensischen Autonomiebehörde zu erheben, Geld, das für mehr Druck auf uns in unserer politischen Situation verwendet wird...

Die Alternativen

Die Alternative ist der wirtschaftliche Widerstand, eine Umverteilung der Ressourcen, soziale Gerechtigkeit und Würde für das palästinensische Volk. Dies ist nicht nur ein Slogan! Die wichtigsten alternativen Schritte, die wir ergreifen können, sind:
Ablehnung und Nichtbefolgung des Pariser Protokolls durch die Palästinensische Autonomie. Verhängung hoher Steuern auf eingeführte Erzeugnisse zum Schutz der nationalen Produktion und landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Vereinigung der palästinensischen Gebiete der Zone „C“, die 60% der Westbank ausmachen, mit dem Rest der Westbank und Entwicklung des Landes.

Gründung von landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Deckung der lokalen Bedürfnisse.“



Restaurant in Beit Jala abermals zerstört

Am frühen Morgen des 3. Mai wollten sich Vertreter verschiedener Menschenrechtsgruppen zum Frühstück im bekannten Al-Makrour-Restaurant nahe Betlehem treffen. Sie wollten über die Hauszerstörungen und Enteignungen durch israelische Kräfte in der C-Zone reden. Die C-Zone umfasst 60% der Westbank und ist unter voller israelischer Kontrolle.

Als erstes sahen die Leute, die zum Treffen kamen, einen Bulldozer, der abfuhr, daneben einige Israelis. Das Restaurant selber, das am Rande Beit Jala lag, war vor zwei Stunden zerstört worden. „Seltsam,“ sagte Mohammed Zeidan, Direktor der arabischen Vereinigung für Menschenrechte. „Das Timing – wir konnten es nicht glauben, was wir hier sahen.“

Kurz vor Sonnenaufgang hatten israelische Soldaten das Gelände abgeriegelt und gingen daran, das Restaurant und ein daneben liegendes Gebäude, das der Familie Qesieh gehört, abzureißen. Die Zerstörung wurde unter dem Vorwand einer Abrissorder von 2005 ausgeführt.

„Das Restaurant war schon einmal zerstört worden“, sagte Odna Copty von der Vereinigung für die Rechte der internen Vertriebenen in Israel. „Es ist immer traurig, wenn man so etwas hört und über so etwas liest. Aber wenn man ein Restaurant erwartet, und es dann zerstört vorfindet, ist das noch einmal etwas anderes.“ Die Qesieh-Familie wurde durch die Zerstörung ihres Restaurants gewaltsam daran erinnert, dass ihre Grundrechte und die einzige Quelle ihres Einkommens komplett von Israel kontrolliert werden. „Ich zahle immer noch Schulden ab aus der Zerstörung des Restaurants im Jahr 2000,“ sagte Ramzi Qesieh, Besitzer von Al-Makhrour. „Wie kann ich es wieder aufbauen, wenn ich keine Einnahmen habe? Und was ist, wenn sie es irgendwann wieder zerstören?“

Keine Erklärung

Qusieh erklärte, vor dem Morgengrauen seien Männer in Zivilkleidung zu ihm gekommen. Sie sprachen arabisch und sagten ihm, dieses Restaurant würde zerstört werden. Eine Erklärung gab es nicht.

„Wir sehen dies oft“, sagte Copty, der für Palästinenser kämpft, deren Besitz während der Nakba, die 1948 zur Gründung Israels führte, konfisziert wurde. „Der Staat Israel will, dass sie glauben, ihre eigenen Leute hätten ihnen das angetan.“

Beit Jala grenzt an die jüdischen Siedlungen Gush Etzion und Har Gilo. Al-Makhrour liegt in der C-Zone. Nach den Oslo-Abkommen sollte Israel nur für eine begrenzte Zeit die Kontrolle über die C-Zone behalten. Doch 19 Jahre nachdem die Abkommen unterzeichnet wurden, sind die Palästinenser in der C-Zone immer noch der willkürlichen Verfolgung durch das israelische Militär ausgesetzt. Zwei Wochen später liegen die Trümmer noch dort, wo sie hinfielen. Die Familie erklärte, dass es niemanden gibt, der ihnen

beim Wiederaufbau hilft oder die Baukosten trägt. „Sogar als Christen haben wir niemanden, der uns hilft“, sagte Ramzi Qesieh. „Die Anhänger Jesu haben das Heilige Land verlassen. Wie können wir hier leben, wie können es meine Kinder, wenn das Leben so zu uns ist?“

Teile und Herrsche

Die Erfahrungen der Qesieh-Familie stehen im starken Kontrast zu Äußerungen des israelischen US-Botschafters Michael Oren. In einem US-Fernsehprogramm behauptete er, die Christen würden aus dem historischen Palästina wegen innerarabischer Querelen fliehen. Nach Ansicht von Zeidan von der Arabischen Vereinigung für Menschenrechte zeigen Orens Behauptungen eine Teile-und-herrsche-Mentalität, die Israel anwendet, um die palästinensische Identität zu schwächen. „Israel sieht jede Solidarität zwischen palästinensischen Gemeinden als eine Bedrohung“, sagte Zeidan. Er führt aus, dass sich die israelische Regierung gegenüber israelisch-palästinensischen Organisationen, die sich mit Palästinensern in der Westbank und im Gazastreifen koordinieren, aggressiv verhält. Indem die Palästinenser aufgeteilt werden in Muslime und Christen, in Beduinen und Israelis, versuche der Staat, diese kleinen Gruppen besser zu kontrollieren und sie gegeneinander zu hetzen. „Es ist tatsächlich so, dass palästinensische Organisationen automatisch unter Verdacht stehen – ob in Israel oder in den besetzten Gebieten. Mit israelischen und jüdischen Organisationen zusammen zu arbeiten, die unsere Sache unterstützen, bedeutet für uns, eine andere Perspektive zu gewinnen, und auch dass Geschichten wie diese mit mehr Glaubwürdigkeit von einer größeren Leserschaft aufgenommen werden. So ist es“, fügt Zeidan noch hinzu.

Die Qezieh-Familie betonte auch, dass sie ohne Schutz nicht wieder aufbauen könne, auch nicht ohne legale Hilfe und unmittelbare menschliche Präsenz.

Nach Angaben des Israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen (ICAHD) war 2011 ein Rekordjahr der Vertreibungen. Insgesamt wurden 622 palästinensische Gebäude von israelischen Behörden zerstört. Von diesen waren 222 (36%) Wohnhäuser, die anderen dienten dem Lebensunterhalt wie Wasserbehälter und landwirtschaftliche Einrichtungen. Die Folge davon war die Vertreibung von 1094 Menschen, fast doppelt so viele wie 2010. Seit 1967 hat Israel mehr als 26.000 palästinensische Häuser in der Westbank und im Gazastreifen zerstört.

Ein alltägliches Geschehen

„Es war ein Schock, es war sehr traurig und das Timing war seltsam. Wenn es aber passiert ist,innerst du dich, dass dies täglich geschieht,“ sagte Copty.

Für Ramzi Qesieh mit einem Schuldenberg und seinem Lebensunterhalt als Schutthaufen neben ihm, gibt es wenig Optionen und die Zukunft ist unklarer als je zuvor. „Ich liebe diesen Ort, und ich liebe mein Land. Vorher hättest du mich nicht von hier

wegholen können. Aber meine Kinder haben schon so viel Leid gesehen. Welcher Vater will seinem Kind diese Schulden vererben?“

Das UN-Komitee für die Beendigung rassistischer Diskriminierung veröffentlichte seinen letzten Bericht über Israel im März und erklärte, dass es „die Staatspartei drängt, unmittelbare Maßnahmen aufzunehmen, um solch eine Politik und Praxis ... rassistischer Trennung und Apartheid zu verbieten.“ Speziell war UN-CERD erschrocken über den hermetischen Charakter der Trennung der beiden Gruppen (Palästinenser und jüdische Siedler) und die zunehmende diskriminierende Planungspolitik, bei der palästinensische und Beduinengemeinden sehr selten eine Baugenehmigung bekommen und Abrissanordnungen prinzipiell auf den Besitz von Palästinensern und Beduinen abzielen.

Trauma

Diese Politik der erzwungenen Vertreibung hat „emotionale und sozio-ökonomische Auswirkungen auf die vertriebenen Familien, von denen ein großer Teil schon 1948 zu Flüchtlingen wurde“ betont der ICAHD-Bericht 2012 für UN-CERD: die Symptome reichen von der Abhängigkeit von menschlicher Hilfe bis zu tiefen psychologischen Traumata besonders bei Kindern (Ängstlichkeit, Depressionen und post-traumatischen Stress-Disorder).

Die Qesieh-Familie erklärte, dass Palästinensern, die seit 1967 in dem Gebiet wohnen, keine Baugenehmigungen gewährt wurden. Die Besitzer dieser Ländereien hatten keine andere Wahl, als illegal auf diesen zu bauen mit dem ständigen Risiko der Zerstörung. Auf mehr als 70% der C-Zone ist es Palästinensern verboten, zu bauen, da das Land entweder den israelischen Siedlungen zugewiesen wurde oder zu militärischem Gebiet erklärt wurde. „Ich habe eine Tochter an der Universität und eine andere in der Schule,“ sagt Qesieh. „Niemand will ein illegales Haus bauen. Aber es ist unmöglich, eine Baugenehmigung zu erhalten. Also musst du das Risiko auf dich nehmen. Ich weiß nicht, wie ich es meinen Töchtern erzählen soll.“

„Für jeden, egal wo, aber besonders für die Palästinenser unter Besatzung, ist das eigene Heim die Verbindung der Familie zum Land“, erklärte Zeidan. „Die israelische Politik der Hauszerstörung und besonders der Lebensgrundlagen wie die Zerstörung von Geschäften oder Restaurants ist Israels Strategie, die Menschen von ihrem Land abzuschneiden und dem palästinensischen Volk die Hoffnung zu nehmen.“

Für Ramzi Qeisehs Sohn Jihad, der seinen Vater beobachtet, wie er versucht, zu reparieren, was jederzeit wieder zerstört werden kann, ist es schwierig, sich ein Leben an dem Ort aufzubauen, wo er aufgewachsen ist. „Sie haben das Restaurant in einer Stunde zerstört“, sagt Jihad. „Wir wissen nie, ob sie nicht auch unsere Wohnung zerstören. Womöglich morgen. Der Stress ist zu groß, um damit leben zu können. Wenn ich eine Möglichkeit finde, wegzugehen, werde ich gehen.“ Mehrere palästinensische und israelische Organisationen arbeiten daran, rechtliche Hilfe, finanzielle Unterstützung und physische Sicherheit für die Familie zu mobilisieren. Im Augenblick sucht die Familie Unterstützung beim Wiederaufbau.

„Nach einiger Zeit wollten wir gehen, um einen anderen Ort für das NGO-Treffen zu finden“, sagte Odna Copty. „Doch die Familie wollte für uns kochen. Sie sagten zu uns, lasst sie doch sehen, wie wir auf dem Grill draußen für euch kochen. Lasst sie sehen, dass wir noch hier sind.“

*Ryan Brownell schrieb diesen Text für Electronic Intifada, 21. Mai 2012, aus dem Englischen übersetzt von Ellen Rohlf*s

Weltbank schlägt Alarm: Nur mit den C-Gebieten ist eine wirtschaftliche Entwicklung möglich

Alarmierend ist der neueste Bericht der Weltbank vom September 2012 über die palästinensische Wirtschaft: Die Weltbank warnt darin vor der sich verschärfenden Haushaltskrise und ruft Geldgeber auf, schnell zu handeln. Parallel dazu müsse aber auch die palästinensische Wirtschaft sich entwickeln können. Dazu sei der ungehinderte Zugang für Palästinenser zu den C-Gebieten (60% der Westbank) der Schlüssel.

Überall sei das Wirtschaftswachstum in den besetzten Gebieten weiterhin durch israelische Beschränkungen behindert. Sorge macht die hohe Arbeitslosigkeit von 17,1 % in der Westbank und 28,4 % im Gazastreifen. Bei den jungen Erwachsenen im Alter von 15 bis 29 Jahren sind sogar 25,9% bzw. 43,5% arbeitslos. Die israelische Regierung erlaube zwar 10 250 Arbeitern in Israel zu arbeiten. der Anteil der Arbeitsplätze in Israel umfasse damit aber nur 12% aller palästinensischen Arbeitsplätze im Vergleich zu 21 % im Jahr 2000. Finden sich keine Geldgeber bis Ende des Jahres, wird die Autonomieverwaltung ihr Haushaltsloch nur stopfen können, indem sie Renten und Löhne kürzt, was soziale Proteste zur Folge haben wird.

Die Restriktionen von Seiten Israels sind zahlreich: So darf die palästinensische Autonomiebehörde selten Geld in den Gazastreifen transferieren. Banken in Gaza haben kaum noch Bargeld vorrätig. Nach ein-einhalb Jahren durfte erst im Mai 2012 wieder Geld in den Gazastreifen gebracht werden. Ein anderer Punkt: Ausländische Investoren haben Mühe Visa von der israelischen Regierung zu erhalten, die den Zugang in die palästinensischen Gebiete kontrolliert. Darüber hinaus dürfen alle Gegenstände, die die israelische Regierung als Dual Use Produkte ansieht, nicht in die Westbank und nach Gaza importiert werden. Der Zugang zu Wasser ist begrenzt. Produkte aus Gaza in die Westbank oder nach Israel zu exportieren, was Gazas Hauptmärkte waren, ist weiterhin verboten.

Immer mehr jedoch erweist sich die israelische Kontrolle über die durch die Oslo-Verträge entstandenen C-Gebiete als Hindernis. Die palästinensische Autonomiebehörde darf dort keinerlei Verwaltung oder Planung vornehmen. Weniger als 1% der C-Gebiete, die noch nicht bebaut sind, sind von den israelischen Behörden für die Palästinenser bestimmt. Dagegen wird immer mehr Land für Siedlungen und Siedlerstraßen ausgewiesen. Die israelische Regierung schätzt die Produktion in den Siedlungen, die nach Europa exportiert wird, auf rund 300 Millionen US Dollar. Andere Studien zählen auch Produkte dazu, die teilweise in Siedlungen gefertigt sind und kommen dabei auf 5,4 Milliarden US Dollar.

Die C-Gebiete umfassen die meisten Ressourcen, den größten Anteil des Wassers, die fruchtbarsten Böden. Die dortigen natürlichen Ressourcen, vor allem auch das Land, sind die Grundlage für die Weiterentwicklung der palästinensischen Ökonomie. „Die gesamte palästinensische Wirtschaft ist davon betroffen, was in den C-Gebieten passiert“, schreibt die Weltbank.

So ist es den Palästinensern beispielsweise verwehrt, in den C-Gebieten die Telekommunikation auszubauen, z.B. Mobilfunkstationen zu bauen. Palästinensische Firmen müssen eine israelische Firma zwischenschalten, wenn sie auch in den C-Gebieten tätig werden wollen, was hohe Kosten verursacht. Palästinensische Telefon- und Handynutzer greifen deshalb oft auf israelische Gesellschaften zurück, die ohne Probleme ihre Infrastruktur in den C-Gebieten aufbauen können. Da z.B. keine Switches in die Westbank importiert werden dürfen, muss ein palästinensischer

Telefonbetreiber Ortsgespräche nach Jordanien leiten und von dort wieder nach Palästina. Die israelische Regierung lässt auch keine G3 Verbindung zu, was aber gerade für den Geschäftsbereich wichtig wäre.

Obwohl der Norden des Toten Meers in der Westbank liegt, erlaubt die israelische Regierung nicht, dass Palästinenser diese Region touristisch nutzen dürfen. Auch andere touristische Orte, etwa in Nablus, dürfen nicht ausgebaut werden.

Die palästinensische Landwirtschaft hat große Wettbewerbsnachteile. In den meisten Gegenden müssen palästinensische Bauern Wasser zu hohen Preisen kaufen. Die 10.000 Siedler im Jordantal und am nördlichen Toten Meer erhalten 44 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr, was ungefähr einem Drittel des Wassers entspricht, das den 2,3 Millionen Palästinensern in der Westbank insgesamt zur Verfügung steht. Vier von fünf Straßen, die ins Jordantal führen, dürfen Palästinenser nicht befahren.

Nur 57 Unternehmen in Palästina haben mehr als 100 Angestellte. Die meisten Firmen haben im Durchschnitt vier Mitarbeiter. Wenn die Produktionsstätten zu klein werden, wird es für die Unternehmer oft zu teuer im A- oder B-Gebiet eine neue Firma aufzumachen. Nur die C-Gebiete bieten noch genügend Raum für Entwicklung. Ein Beispiel, das die Weltbank berichtet: Ein palästinensischer Unternehmer wollte seinen kleinen Betrieb vergrößern, weil seine Auftragslage es erforderte. Er besitzt Land im C-Gebiet. Dort erhielt er aber keine Baugenehmigung. Schließlich ging er nach Griechenland und schuff dort 15 Arbeitsplätze, um seine Arbeitsaufträge zu erfüllen.

Wiltrud Rösch-Metzler

Weltbank Report "Fiscal Crisis, Economic Prospects: The Imperative for Economic Cohesion in the Palestinian Territories" www.worldbank.org

Der Haushalt der palästinensischen Autonomiebehörde

Einnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde im Jahr 2011 in Millionen US-Dollar (Quelle: PA-Finanzministerium Juli 2012)

Einnahmen gesamt:	3.134,8
Steuereinnahmen	1.966,7
Steuern auf Einkommen und Kapital	88,4
Steuern auf Lohn	54,2
Steuern auf Besitz	2,8
Steuern auf Waren und Dienstleistungen	1.247,2
Steuern auf internationalen Handel	57,4
Zuwendungen	1.054,9
Zuwendungen von ausländischen Regierungen	578,6
Zuwendungen von internationalen Organisationen	476,3

Ausgaben der Palästinensischen Autonomiebehörde im Jahr 2011 in Millionen US-Dollar (Quelle: PA-Finanzministerium Juli 2012)

Gesamtausgaben	3.358,9
Allgemeines (z.B. Schuldendienst)	869,4
Verteidigung	0,0
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	838,7
Wirtschaft	73,5
Umweltschutz	3,5
Wohnungsbau	32,5
Gesundheit	341,6
Kultur und Religion	101,8
Bildung	611,7
Soziales	402,3

Knapp zwei Drittel der Ausgaben, rund zwei Milliarden US-Dollar, entfallen auf Löhne und Gehälter.



Weltweite Solidarität

International
Weltsozialforum Freies Palästina vom 28.11. - 1.12.2012 in Porto Alegre/Brasilien

Seit 2004 ist Palästina Thema der Weltsozialforen, jetzt angesichts der immer größer werdenden Bedrängnis der Palästinenser erstmals das zentrale Thema. Das Organisationskomitee (darunter PNGO, Stop the Wall, AIC) hat einen Aufruf zur Teilnahme an das gesamte weltweite Netzwerk der Solidarität gerichtet: „Das Weltsozialforum Freies Palästina wird eine globale Begegnung breitgefächerter bürgerlicher und zivilgesellschaftlicher Mobilisierungsbewegungen der ganzen Welt sein.“

Eine Welle der Solidarität mit Palästina hat Europa und die Welt erfasst. Zahlreiche Mitgliedsorganisationen der Europäischen Koordination der Palästina Initiativen (ECCPI) in Brüssel haben sich dem Aufruf angeschlossen: Österreich, Dänemark, Belgien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Portugal, die Schweiz. In Deutschland haben, neben vielen einzelnen deutschen Gruppierungen, die Mitglieder des Deutschen Koordinationskreises Palästina Israel – für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden (KoPI) ihre Unterstützung zugesagt.

Ziele des Weltsozialforums Freies Palästina sind u.a.: Förderung von Gerechtigkeit und Frieden in der Region; Durchführung der Selbstbestimmung der Palästinenser; Schaffung eines palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt; das Ende der Besatzung und Kolonisierung allen arabischen Landes; die Gewährleistung der Rechte der arabisch-palästinensischen Bürger Israels; die Rechte der Flüchtlinge (UNO-Res. 194).

Das Weltsozialforum will ein Ort des Austauschs von Visionen sein, der Entwicklung von Strategien und Plänen zur Verbesserung der Struktur der weltweiten Solida-

rität, eine historische Gelegenheit für Menschen aus aller Welt aufzustehen, wo Regierungen versagt haben.

Die Teilnahme am Forum wird die Solidarität mit Palästina strukturell stärken und Aktionen zur Durchführung der legitimen Rechte der Palästinenser fördern sowie Israel und seine Verbündeten vor dem Völkerrecht zur Rechenschaft ziehen.

Gemeinsam können wir die weltweite Solidarität mit Palästina auf ein neues Niveau heben.

Gisela Siebourg
http://wsfpalestine.net
www.palaestina-solidaritaet.de
www.publicsolidarity.de/2012/6/27/interview-mit-jamal-juma-am-27-juni-2012-in-berlin

Schweiz
Erklärung von Kulturschaffenden

In der Unterstützungserklärung "Wir weigern uns, Komplizen zu sein!" kritisieren 136 erstunterzeichnende Kulturschaffende in der Schweiz die Politik des israelischen Staates. "Palästinensische KünstlerInnen und Intellektuelle haben sich ihrerseits mit dem Palästinensischen Aufruf zum kulturellen und akademischen Boykott Israels (PACBI) an ihre KollegInnen in der ganzen Welt gerichtet. Bekannte Persönlichkeiten wie John Berger, Eduardo Galeano, Arundhati Roy, Henning Mankell, Brian Eno, Bjork, Massive Attack, Carlos Santana, Elvis Costello, Mike Leigh und Ken Loach haben positiv darauf reagiert.

Im Bewusstsein unserer politischen Verantwortung als KünstlerInnen und BürgerInnen unterstützen wir den Boykott und verpflichten uns, jede Einladung auszusprechen, unsere Arbeiten in Israel zu präsentieren. Wir sind nicht bereit, uns zu Komplizen der israelischen Politik zu machen, solange Israel die Besatzung und Kolonisierung der palästinensischen Gebiete fortsetzt, den palästinensischen Bür-

gerInnen Israels gleiche Rechte vorenthält und den palästinensischen Flüchtlingen das Recht auf Rückkehr verweigert."

Kontakt: kultur@bds-info.ch

Palästina-Plakate erlaubt

Die SBB muss im Zürcher Hauptbahnhof wieder ein israelkritisches Plakat aufhängen. Das Bundesgericht hat bestätigt, dass das generelle SBB-Verbot von ausenpolitisch brisanten Botschaften zu weit geht und der Aushang den Rahmen des Zulässigen nicht überschreitet.

www.nahostfrieden.ch

Palästina
Kampagne zu Allianz

Stop the Wall hat die Kampagne "No Allianz with Israeli Apartheid Campaign" gestartet. Damit soll erreicht werden, dass der Allianz Versicherungskonzern sich aus Beteiligungen am israelischen Rüstungskonzern Elbis Sytems und an der Sicherheitsfirma G4S, die von der Besatzung profitieren, zurückzieht.

Facebook: www.facebook.com/NoAllianzWithIsraeliApartheid / [Stop the Wall Campaign pages: www.stopthewall.org/](http://www.stopthewall.org/) no-allianz-israeli-apartheid

USA

Presbyterianische Kirche für Boykott von Siedlungsprodukten

Die Generalversammlung der Presbyterianischen Kirche hat sich im Juli dieses Jahres für einen Boykott von Siedlungsprodukten ausgesprochen, darunter Ahava Kosmetik vom Toten Meer und Datteln der israelischen Firma Hadiklaim. Knapp abgelehnt wurde ein Antrag, die Kirche möge ihr

Geld nicht in Firmen anlegen, die von der Besatzung profitieren.

Gegen Tränengaslieferungen

Die „Jüdische Stimme“ in den USA fordert eine Untersuchung über mögliche Tränengaskanisterlieferungen an Israel, nachdem am 9. Dezember 2011 ein solcher Kanister von einem israelischen Soldaten auf einen unbewaffneten palästinensischen Demonstranten in Nabi Saleh abgeschossen wurde. Mustafa Tamimi wurde am Kopf getroffen und starb an den schweren Verletzungen. Die meisten dieser Kanister werden in Wyoming durch Defense Technology und in Pennsylvania durch Combined Systems Inc. (CSI) hergestellt. Das amerikanische Rüstungsexportgesetz verbietet ausdrücklich einen Einsatz solcher Waffen gegen Zivilisten. Am 1. Januar 2011 starb Jawaher Abu Rahmah nachdem sie bei Protesten gegen die Mauer in Bil'in von einem Tränengaskanister getroffen wurde. Ihr Bruder Bassem Abu Rahmah wurde im April 2009 getötet, als ein Kanister seine Brust traf. Im März 2009 hatte ein israelischer Soldat den Amerikaner Tristan Anderson am Kopf getroffen, der seither schwer beschädigt ist. Eine 21 jährige Amerikanerin, Emily Henochowicz, verlor ein Auge, nachdem ein israelischer Soldat einen Kanister direkt auf sie feuerte.

Schweden

Schiff nach Gaza

Ende Juni begann die unter finnischer Flagge fahrende Estelle ihre Fahrt nach Gaza. Von Umeå über Stockholm, Barcelona, Neapel geht die Reise nach Gaza. Die internationale Gemeinschaft habe in den letzten vier Jahren versagt, zu handeln und stattdessen Resolutionen verfasst und stille Diplomatie betrieben. Das Schiff wurde im Oktober von der israelischen Armee aufgebracht.

Deutschland
Fairer Handel

Canaan Fair Trade wurde 2004 von Dr. Nasser Abufarha in Jenin im Westjordanland gegründet zur Unterstützung der unterdrückten palästinensischen Landbevölkerung. Inzwischen arbeitet Canaan mit 51 Produzentenkooperativen zusammen, denen insgesamt über 1.700 Mitglieder angehören. Fair gehandelte Produkte sind: Olivenöl, getrocknete Tomaten, Olivenpaste als Brotaufstrich, dragierte Mandeln, Couscous, Zatar, Olivenölseife.

Bestellungen bei:
dwp eG, Fairhandelsgenossenschaft, www.dwpege.de

Protest bei ITB in Berlin

Die BDS Gruppe Berlin hat vor der Internationalen Tourismusbörse gegen die Beteiligung des israelischen Tourismusministeriums und der Firma Ahava zu protestiert, weil sie die Besatzung und Kolonisierung der besetzten palästinensischen Gebiete betreiben würden und Teil der Apartheidstrukturen Israels seien.

Italien

Stadtrat von Neapel gegen Pizzarotti

Der Stadtrat von Neapel hat die Mitwirkung von Pizzarotti bei der Zuglinie Tel Aviv Jerusalem verurteilt. Die neue Zuglinie A1, die nur Israelis benutzen dürfen, führt auch 6,5 Kilometer durch Westbank-Land. Die Erklärung wurde von der Gruppe „Für ein Pizzarotti freies Neapel“ vorbereitet. Die Entscheidung des Stadtrats gründet sich auf Menschenrechte und folgt dem Beispiel des Mailänder Stadtrats sowie der Deutschen Bahn, die sich nach Empfehlung des Verkehrsministeriums im März 2011 aus dem A1 Projekt zurückgezogen hat. <http://stopthattrain.org>

„Deutschland ist ein „BDS“-Entwicklungsland“ Interview mit Doris Ghannam von der BDS-Gruppe Berlin

PJ: Seit wann gibt es in Deutschland BDS-Aktionen?

Doris Ghannam: Schon ab 2002 gab es Postkarten-Aktionen, die wir heute zumindest B-Aktionen nennen würden. Im April 2005 nahmen Menschen am weltweiten Aktionstag gegen Caterpillar teil, da die Firma durch den Verkauf ihrer Baumaschinen an den Menschenrechtsverletzungen der israelischen Armee in den besetzten Gebieten beteiligt war. 2007 fand eine gemeinsame Aktion des „AK Nahost Berlin“ und der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ vor der Galeria Kaufhof Berlin statt anlässlich der „Israel-Wochen“, in denen auch Produkte aus den israelischen Siedlungen als „Product of Israel“ angepriesen wurden. 2009 schließlich wurde die BDS Gruppe Berlin gegründet.

Die Gruppe bezieht sich auf die Inhalte und Forderungen des BDS-Aufrufs der palästinensischen Zivilgesellschaft vom 9. Juli 2005 „bis Israel seiner Verpflichtung nachkommt, den PalästinenserInnen das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung zuzugestehen, und zur Gänze den Maßstäben internationalen Rechts entspricht, indem es:

1. Die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt;
2. Das Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt; und
3. Die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert.“

PJ: Wie wurde BDS anfangs innerhalb der palästinensischen Community hier wahrgenommen?

DG: Anfangs gab es tatsächlich nur wenige, die sich für BDS erwärmten. Es schien den meisten nicht bekannt zu sein, dass die palästinensische Zivilgesellschaft aus den besetzten Gebieten heraus zu dieser Kampagne aufgerufen hatte. Auch heute ist da noch Zurückhaltung, aber der Zuspruch steigt. Inzwischen gibt es BDS-Aktionen z.B. in Berlin, Bonn, Hamburg, Heidelberg, München und Stuttgart. Dennoch sollte [noch] nicht von der BDS-Bewegung in Deutschland gesprochen werden. Es finden Aktionen zu bestimmten Anlässen statt (so z.B. Aktionen zu Soda-Stream). Dabei stehen irreführend etikettierte Produkte im Vordergrund. Und: dies geschieht unter dem Label BDS.

PJ: Wie schätzt Du die BDS-Aktivitäten im Vergleich zu denen in anderen europäischen Ländern ein?

DG: Im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich und Skandinavien ist Deutschland ein „BDS-Entwicklungsland“! In Ländern wie Großbritannien ist die Solidarität mit den PalästinenserInnen anders verankert, beispielsweise in Gewerkschaften, Friedens- bzw. Antikriegsbewegungen etc. Das ist hier schwerfälliger. In Deutschland wird auf Ausgewogenheit geachtet: Wird ein Palästinenser eingeladen, muss auch ein Israeli eingeladen werden. Oft sind die Forderungen auf das Ende der Besatzung reduziert. Die PalästinenserInnen in Israel ebenso wie die palästinensischen Flüchtlinge bleiben marginal.

PJ: Auf was ist die Unterrepräsentierung der deutschen Palästina-Solidarität in Bezug auf BDS Deiner Meinung nach zurückzuführen?

DG: Auf die deutsche Geschichte. Dabei müsste uns unsere Geschichte eher befähigen, gegen Rassismus und die Verletzung von Menschenrechten, egal wo, aufzusteigen. Der Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft sollte nicht an deutschen Befindlichkeiten scheitern, sondern in seinen internationalen Zusammenhang gestellt werden.

PJ: Werdet Ihr für Eure Aktionen angegriffen, zumindest verbal?

DG: Wenn wir zum Boykott von Waren israelischer Firmen aufrufen, die von der israelischen Politik von Kolonisation, Apartheid und Besatzung profitieren, kommt reflexartig die Gleichsetzung zu der Aufforderung der Nazis, „Kauft nicht bei Juden“. Die Angst, mit den Nazis in eine Ecke gestellt zu werden, stellt sich fast ebenso reflexartig ein. Dabei könnte beides unterschiedlicher nicht sein. Der Aufruf der Nazis war der Beginn von Ausgrenzung, die mit der Vernichtung der Juden aus Europa endete. Der Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft fordert die Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts durch Israel.

PJ: Wie muss man sich Angriffe auf Euch vorstellen? Gibt es offene Anfeindungen? Oder eher im Internet?

DG: Wir stellen unsere Aktionen auf YouTube. Da reichen die anonymen Kommentare vom Antisemitismusvorwurf bis hin

zur Zuordnung zu den Schreckensorganen des Dritten Reichs. Bei unseren Aktionen gibt es PassantInnen, die trotzig reagieren und „jetzt erst recht israelische Produkte kaufen“. Als wir vor der Schaubühne gegen deren Teilnahme am Israel-Festival protestierten und plakatierten, dass die Schaubühne mit dieser Teilnahme Apartheid unterstütze, haben PassantInnen vehement dagegen protestiert. Dabei bezogen wir uns lediglich auf die Internationale Konvention über die Unterdrückung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid vom November 1973 (Art. 2).

<http://untreaty.un.org/cod/avl/ha/cspca/cspca.html>

PJ: Wurdet Ihr auch körperlich angegriffen?

DG: Nein. Die Angriffe sind verbaler Natur. Zum Beispiel vor dem Leonard Cohen-Konzert in Berlin. Da haben wir als Teil einer weltweiten Kampagne Cohen aufgefordert, sein Konzert in Tel Aviv abzusagen. Viele Israelis kamen zu dem Konzert nach Berlin aus Furcht, Cohen würde tatsächlich nicht nach Israel kommen. Deren Reaktionen waren z.T. sehr aggressiv, vor allem als sie sahen, dass die „Jüdische Stimme“ sich an dem Protest beteiligte. Es gibt jedoch auch positives Interesse an unseren Aktionen. Es gibt Nachfragen, Menschen wollen informiert werden.

PJ: Woher bezieht Ihr die Informationen, die Grundlage Eurer Arbeit sind?

DG: Neben den Websites von BDS Movement und von PACBI (akademischer und kultureller Boykott) gibt es detaillierte Infos

von „Who profits“ und „Boycott from within“ (Israel), und es gibt Kontakte zu AktivistInnen europaweit bis hin nach Australien, Nordamerika usw.

PJ: Wie schätzt Du den Einfluss von BDS ein?

DG: BDS wird auf jeden Fall wahrgenommen. Die weltweite Kampagne „Stolen Beauty“ gegen die Firma AHAVA beispielsweise, die ihren Schönheitschlamm von palästinensischem Land am Toten Meer raubt, zeigt Erfolge. In Norwegen hat die Einzelhandelskette VITA, Hauptvertreiber von AHAVA, die Produkte aus dem Sortiment genommen, ähnliches passierte in Japan. Dann der Rückzug der Deutschen Bahn aus dem Schnellbahnprojekt in Jerusalem. Das Ansehen Israels in der Welt schwindet. Daher versucht die israelische Regierung mit hohem Aufwand eine Imageverbesserung herbeizuführen.

PJ: Was wird BDS Deiner Ansicht nach auf lange Sicht bewirken?

DG: Israel wird einlenken müssen. Niemand weiß, was sich politisch verändern wird. Die Entwicklungen in Europa 1989 kamen für alle überraschend. Wenn der Druck der Basis groß genug wird, wird auch die sogenannte große Politik an einer Veränderung nicht vorbeikommen. Ich halte die BDS-Kampagne für eine Erfolgsversprechende Strategie, die schon heute Wirkung zeigt.

PJ: Danke.

Für die Aktionen der BDS-Gruppe Berlin siehe: www.bds-kampagne.de

Medien



FILM

Der Überfall – die Geschichte der ersten Friedensflottille nach Gaza

Regie: Marcello Faraggi, Deutschland 2011, Dokumentarfilm, 52 Min.

Die sechs Schiffe der ersten internationalen Flottille mit Hilfsgütern für Gaza haben ihr Ziel auf dem Wasserweg nie erreicht. Beim Überfall israelischer Soldaten starben neun Menschen und über sechzig wurden verletzt. Es gab weltweite Proteste, als die rund 700 Passagiere ins Gefängnis gesteckt wurden. Marcello Faraggi begleitete den Konvoi im Mai 2010 als unabhängiger Filmemacher und es gelang ihm, seine Filmaufnahmen vom Überfall aus dem Gefängnis zu schmuggeln. Der Dokumentarfilm zeigt die Motivation der Aktivisten auf – bleibt aber dennoch ein durchgängig subjektiv gehaltener Film, dessen Qualität auch gerade darin liegt, nicht zu werten, sondern von der Fahrt und der Erwartung der Beteiligten zu berichten.

DVD: 19,00 EUR

Bestellungen an: Evangelisches Zentrum für Entwicklungsbezogene Filmarbeit
Kniebisstraße 29, 70188 Stuttgart · info@ezef.de
Telefon: 0711-28 47 243 · Fax: 0711-28 46 936



BUCH

Nationale Bestrebungen aufgeben

Sari Nusseibeh, einer der bekanntesten palästinensischen Philosophen und seit Jahren aktiv in den Friedensprozess involviert, kennt wie kaum ein anderer die verfahrenre Situation und die bislang erfolglosen Pläne um eine Friedensregelung in Palästina. Definitiv nimmt er inofgedessen Abschied von der Zwei-Staaten-Lösung. Die verfahrenre Situation, die Übermacht des Staates Israel, was den Palästinensern keine reelle Chance auf Gründung eines eigenen Staates gestattet, und vor allem die Unfähigkeit der Verantwortlichen in der Autonomiebehörde lassen ihn über tradierte Lösungsmuster hinausdenken und provokativ fragen, wozu es denn nötig sei, einen eigenen Staat zu gründen. Für ihn reiche es nicht, lediglich eine Fahne und eine Nationalhymne zu haben. Seine Aussage stellt sich im Laufe seiner ausführlichen Begründung als folgerichtig und als Plädoyer für eine humane Zivilgesellschaft dar. Sein Buch richtet sich an das palästinensische Volk, das die nationalen Bestrebungen aufgeben solle. Für den Leser stellt sich genau diese Analyse als Folge einer lang anhaltenden Verzweiflung und Resignation des palästinensischen Volkes dar.

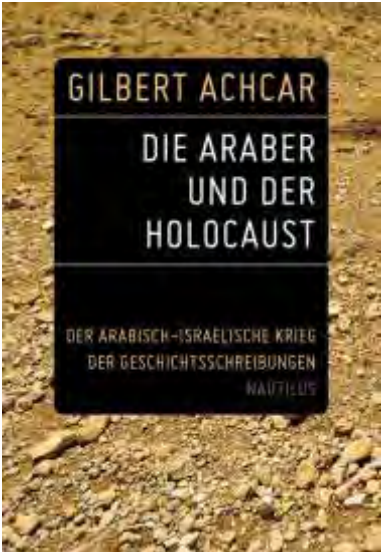
Nusseibehs Buch soll Israelis, Palästin-

ser und verantwortliche Politiker wachrütteln und provozieren, indem er lediglich die elementaren Grundrechte auf Schutz von Leben und Unversehrtheit verlangt, also kein passives oder aktives Wahlrecht. Gäbe es einmal eine relative Normalität bei einer sogar einvernehmlichen Annexion der Autonomiegebiete durch Israel ohne gegenseitige Skepsis, ohne Landraub, Unterdrückung und israelische Dominanz, so der Präsident der al-Quds-Universität, Nusseibeh, und gäbe es einen palästinensischen zivilen Ungehorsam und einen gewaltlosen Widerstand nach dem Vorbild von Ghandi, so könnten die Israelis auf Dauer nicht anders reagieren als früher oder später die Palästinenser doch als Bürger zu akzeptieren. Sein Denkmodell „Annexion plus garantierte Bürgerrechte“ bedeute zwangsläufig die Aufwertung der Autonomieregierung für eine künftige föderative Lösung des Palästinakonflikts.

Nazih Musharbash

17,95 Euro

Sari Nusseibeh, Ein Staat für Palästina? Plädoyer für eine Zivilgesellschaft in Nahost
208 Seiten, 2012, Kunstmann Verlag,



BUCH

Araber und Antisemitismus: Der Mufti von Jerusalem

Gilbert Achcar, Professor für Entwicklungsstudien und internationale Beziehungen an der School of Oriental and African Studies in London weist Geschichtsfälschungen zurück und zeigt gleichzeitig Wege zum friedlichen Dialog zwischen Juden und Arabern auf. Wer unbequeme Meinungen, wie „die verblendete Ansicht, dass alle Juden Zionisten sind, findet ihr Pendant in der verblendeten Ansicht, dass alle Araber Antisemiten sind“, ausspricht, ist Anfeindungen ausgesetzt. So wird Achcars Buch heftig attackiert – vor allem von der Iran-Kriegslobby.

Die überwältigende Mehrheit der westlich orientierten Araber lehnten den Nationalsozialismus kategorisch ab. In der ägyptischen öffentlichen Meinung der 1930er-Jahre galt er als „imperialistische Macht“, „moderner Totalitarismus“ und „Inbegriff für Rassismus“, lautet der Befund von Israel Gershoni, einem Historiker der Universität Tel Aviv, dessen Studien Achcar herangezogen hat. Den palästinensischen Liberalen waren die Nazis auch nicht als Verbündeter im Kampf gegen ihren Hassfeind willkommen: „Palästina braucht weder Faschismus noch Nazismus, um die Gefühle seiner Söhne gegen den Zionismus wachzurütteln“, war 1934 in der Tageszeitung Filastin zu lesen. Kurz nach der Wannseekonferenz verurteilte die palästinensische Wochenzeitung Al-Akhbar Hitler als „größten Feind der Menschheit“.

Die von dem Libanesen Antun Saadeh, einem Christen, gegründete Syrian Social Nationalist Party sei die einzige Partei gewesen, die eine Art Abziehbild der NSDAP war. Der aggressivste Antisemit sei aber der unter irakischen Nationalisten verhasste Premierminister des Königreichs Irak, Nuri al-Sa'id gewesen, ein Verbündeter der Briten. Die Mehrheit der Nationalisten waren Nazi-Gegner – beispielsweise der syrische christliche Mitgründer der Baath-Partei Michel Aflaq. Unstreitig

ist die Judenfeindschaft des fundamentalistischen Islam: In den späten 1920er-Jahren findet sich dort eine Adoption der von den Nazis verbreiteten antisemitischen Lehren. Die sogenannten Protokolle der Weisen von Zion, die Theorie von der „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ fanden Eingang in den arabischen Kulturraum – „ein Resultat“ der sich zuspitzenden arabisch-jüdischen Konflikte in Palästina, kommentiert Achcar.

Welche Rolle spielte Amin al-Husseini – die Galions- und Schlüsselfigur der NS-Propaganda im Nahen Osten? Der 1921 von dem Hochkommissar des britischen Völkerbundmandats für Palästina Herbert Samuel zum Großmufti von Jerusalem ernannte Husseini verband mit dem NS-Staat vor allem eines: Die Ablehnung der Teilung Palästinas. Er wurde zum Komplizen der Nazis. Er rekrutierte und organisierte bosnisch-islamische Wehrmachts-einheiten und Waffen-SS-Divisionen, allerdings mit geringem Erfolg (viele liefen zu den jugoslawischen Partisanen über, andere rebellierten während ihres Frankreich-Einsatzes). Nachgewiesen ist auch, dass Husseini spätestens seit seinem Besuch bei dem Reichsführer der SS Heinrich Himmler im Sommer 1943 Mitwisser des Genozids an den Juden in Osteuropa war und diesen unterstützte. Seine Religiosität verbat Husseini eine Identifikation mit der säkularen NS-Ideologie. Aber er bewunderte und teilte ihre antisemitische Doktrin, die keinen Unterschied zwischen Juden und Zionisten machte und, so Achcar, „mit dem fanatischen Antijudaismus des Pan-Islamismus kompatibel war“ – einer selektiven und tendenziösen Neuinterpretation des Islam, der über viele Jahrhunderte eine friedliche Koexistenz mit dem Judentum gepflegt hatte.

Achcar beschreibt Husseini als einen Nazi-Kollaborateur, der nicht, wie einige andere arabische Führer, unter dem Motto „meines Feindes Feind ist mein Freund“ mit den Deutschen gegen den britischen und zionistischen Kolonialismus agierte, sondern als „Advocatus Diaboli“. Nicht zuletzt sei er ein „Größenwahnsinniger“ gewesen, der sich als Führer der ganzen islamischen Welt präsentiert hat“. Viele Mythen über den Einfluss des Mufti im arabischen Kulturraum gelingt es Achcar, mit Hilfe von Originalquellen sowie Verweisen auf die Forschungsergebnisse renommierter Kollegen zu neutralisieren. „Selbstverständlich hatte Husseini Anhänger“, meint Achcar, aber ihre Anzahl und sein Einfluss seien weitaus geringer gewesen als neo-konservative Propagandisten behaupten. Husseinis Stern in der arabischen Welt, den er in der Zeit erobert hatte, als er noch als traditioneller Führer der Palästinenser auftrat, sank bereits in den 1930er-Jahren. So wurde Husseini, nachdem das 1936 durch seine Initiative gegründete Arab Higher Committee (HAC) 1937 verboten worden war, von vielen Arabern als „Feigling“ verachtet, weil er ins Exil geflohen war. Auch dass Husseini, im Gegensatz zu den anderen HAC-Mitgliedern, das „white paper“, das Angebot Großbritanniens von 1939, auf eine Teilung Palästinas zu verzichten, eine limitierte Zuwanderung von Juden zuzulassen und dort einen Staat mit einer von Arabern und Juden paritätisch besetzten Regierung zu errichten, rigoros abgelehnt hatte, haben ihm viele Araber nicht verziehen. Der zionistische Geheimdienst stellte fest, dass er kaum Boden für seine deutschen Freunde gewinnen konnte. Den Agenten des NS-Staates, die sich in Palästina aufhielten, sei es nicht gelungen, eine einzige arabische Organisation als fünfte Kolonne für die Nazis zu rekrutieren. Auch die geringe Zahl von 6.000 Arabern, die im Zweiten Weltkrieg für Hitler-Deutschland kämpften, bestätigt diesen Eindruck. Allein die Zahl der Palästinenser, die in der britischen Armee im Kriegseinsatz waren, überbot jene mit 9.000 Mann um ein Drittel. In Nordafrika zogen rund 250.000 Araber auf Seiten der Alliierten gegen die Achsenmächte zu Felde.

Diese Fakten sind in den vom Neokonservatismus dominierten politischen Kulturen der westlichen Welt nicht willkommen. Nicht ohne Grund „steht Muhammad Amin

al-Husseini mit an der Spitze der aktuellen Hitparade der Dämonologie“ und werde „sein Fall überdimensional aufgebläht“, betont Achcar. Denn die Vision des Mufti vom Islam bilde die lang erwünschte „Harmonie“ mit den islamophoben Anschauungen, die den Islam als „genuin rassistische Religion“ interpretiert wissen möchten. So wird Husseini als ideologische Multifunktionswaffe für Hasskampagnen eingesetzt, die „die Araber“ als verbrecherische Entität diskreditierten. Seine Biografie dient als angeblicher Beweis für die Existenz eines „Islamfaschismus“, durch den israelische Kriege als – das jüdische Kollektiv endgültig vor der Vernichtung bewahrende – „letzte Schlachten des Zweiten Weltkriegs“ (Achcar) legitimiert werden sollen.

Susann Witt-Stahl
Eine ausführliche Buchbesprechung finden Sie im Nachrichtenmagazin „Hintergrund“ vom 14. Mai 2012

29,90 Euro

Gilbert Achcar, Die Araber und der Holocaust. Der arabisch-israelische Krieg der Geschichtsschreibungen, Edition Nautilus, Hamburg 2012,



BUCH

Ein Staat für die Palästinenser bleibt das Ziel

Dass Palästinenser inzwischen in Deutschland doch wahrgenommen werden und man ihnen heute - wenn auch noch in bescheidenem Rahmen - sogar Rechte zugesteht, ist hauptsächlich das Verdienst eines Mannes, der über vierzig Jahre unermüdlich für die Sache der Palästinenser in Deutschland gewirkt hat: Abdallah Frangi. Der Sohn eines reichen Beduinen-Scheichs aus Bersheba (heute Israel) kam im November 1962 aus Gaza in die Bundesrepublik und begann in Frankfurt ein Medizinstudium, merkte aber bald, dass seine Berufung nicht im Mediziner-Beruf lag, sondern in der politischen Arbeit für sein Volk, und das hieß, vor allem der deutschen Öffentlichkeit den Standpunkt der Palästinenser zu erläutern. Er wirkte in der palästinensischen Studentenorganisation, hielt immer aber auch Kontakt zu den führenden politischen Köpfen der Palästinenser. Im September 1970 wurde Frangi zum offiziellen Vertreter der Fatah (im Rahmen der Arabischen Liga) in Bonn ernannt - vom PLO Vorsitzenden Jassir Arafat selbst.

Arafat wird sozusagen Frangis Mentor, denn Deutschland hielt der PLO-Chef für eins der Schlüsselländer für einen Frieden im Nahen Osten. Frangi steigt ins ZK der Fatah auf und wird zum Insider der politischen und militärischen Vorgänge auf Seiten der Palästinenser. Wohl erstmals kann der deutsche Leser so tiefe Einblicke in die internen Machtstrukturen, persönlichen Beziehungen und Konflikte dieser größten palästinensischen Partei nehmen. Er schildert alle Phasen, die die Fatah bis heute durchgemacht hat: von der Befreiungsbewegung, die ganz auf Gewalt und die Rückeroberung Palästinas setzte und dann nach dem Oktoberkrieg 1973 langsam einsehen musste, dass Israel militärisch nicht besiegt werden konnte.

1974 kam dann der Wendepunkt. In ihrem Zehn-Punkte-Programm beschloss die PLO den endgültigen Abschied von der Illusion einer Rückeroberung jenes Teils von Palästina, auf dem die Israelis ihren Staat er-

richtet hatten, und von der Vision eines gemeinsamen jüdisch-christlich-muslimischen Staates. Im Grunde erklärte sich die PLO damit bereit, im von Israel besetzten Westjordanland und Gazastreifen einen eigenen Staat zu gründen. Beide Gebiete machen nur 22 Prozent Palästinas aus, Israel sollten also 78 Prozent des Landes überlassen werden. Dieser Vorschlag lief auf eine Anerkennung Israels hinaus. In der PLO trat die Diplomatie an die Stelle des bewaffneten Kampfes, sie stieß damit aber auf den erbitterten Widerstand Israels. Ministerpräsident Jitzhak Rabin quittierte Arafats Angebot so: "Wir sind nur bereit, der PLO auf dem Schlachtfeld zu begegnen." Frangis Kommentar zu diesem Ausspruch Rabins: "Es schien, als würde die PLO Israel um so gefährlicher je kompromissbereiter sie auftrat." Nicht ohne Ironie schildert Frangi, wie Israel auch in den achtziger Jahren die friedensbereite PLO mit allen Mitteln bekämpfte, aber gleichzeitig die Hamas im Gazastreifen gefördert hat, um sie als Konkurrenz zur PLO aufzubauen - und sich damit einen neuen Todfeind heranzog. Frangi: "Israel gab einer islamistischen Widerstandsbewegung ihren Segen, und im Gegensatz zur PLO arbeitete die Hamas in Palästina von nun an ganz legal." Die Schilderung der Jahre, in denen der Frieden zwischen Israelis und Palästinensern greifbar nahe war, gehört zu den stärksten Passagen in Frangis Buch. Nach langen Geheimverhandlungen, von denen selbst die Amerikaner nichts wussten, wurde das Oslo-Abkommen am 13. September 1993 von Rabin und Arafat vor dem Weißen Haus in Washington unterzeichnet. Frangi bezeichnet es als den "größten diplomatischen Erfolg in der neueren Geschichte Palästinas, weil es 27 Jahre nach dem Sechstage-Krieg die Rückkehr in die besetzten Gebiete erlaubte." Der Oslo-Vertrag bedeutete auch für Frangi einen persönlichen Triumph: Er durfte vor der PLO-Vertretung (im Haus der Arabischen Liga) in Bonn die palästinensische Flagge hissen.

Aber die Enttäuschung folgte auf dem Fuß: Das Oslo-Abkommen war viel zu vage und unverbindlich formuliert. Die Palästinenser fühlten sich getäuscht, man hatte sie ins Leere laufen lassen. Der Aufbruch in Richtung Frieden hatte nicht lange gedauert. Auch in Israel schlug die politische Stimmung um. Trotz allem bleibt für Frangi ein Staat Palästina das politische Ziel.

Arn Ströhmeier

19,80 Euro

Abdallah Frangi: Der Gesandte. Mein Leben für Palästina. Hinter den Kulissen der Nahost-Politik. Heyne-Verlag München 2011



FILM

Donor Opium. The Impact of International Aid to Palestine

Ist ausländische Unterstützung wie Opium, das die Palästinenser betäubt, während Israel die militärische Besatzung ausweitet? Dieses Geld schafft jedoch keine Arbeitsplätze und trägt nicht zum Ende des Konfliktes bei. Khaled Sabawi erläutert im Film auch das Phänomen der NGO-isation. NGOs zahlen ihren Angestellten drei- bis viermal mehr Lohn wie es die lokale Ökonomie erlauben würden. Ein weiteres Problem ist die Popularität des 'middle class lifestyles', der auf Konsum basiert. Der Schein der Normalität verhüllt so die Besatzung. Mindestens 30% der Bevölkerung gelten als arm.

Der Dokumentarfilm ist auf YouTube:
www.youtube.com/watch?v=wVTYyRLMjc
german.pnn.ps/index.php?option=com_content&task=view&id=650

Palästina Journal

Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Humanitäre Hilfe: Schutz für Fischer in Gaza

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Beginn der Gaza-Blockade im Jahre 2007 hat sich die ohnehin schlechte Lage der Fischer noch einmal dramatisch verschlechtert. Es wurde den Fischern verboten, weiter als drei nautische Meilen vor der Küste Gazas zu fischen. Israelische Kriegsschiffe überwachen diese einseitig verhängte Bestimmung. Ende September hat die israelische Marine nach Angaben palästinensischer Mediziner einen Fischer im Gazastreifen getötet und einen weiteren verletzt. Die beiden Brüder hätten sich gemeinsam mit weiteren Fischern nahe

der Küste vor Beit Lahija im nördlichen Gazastreifen befunden.

Zwischen Januar 2011 und Ende April 2012 dokumentierte die europäische Menschenrechts-Organisation Euro-Mid 150 Vorfälle, in denen die israelische Flotte Gaza-Fischer daran hinderte, ihren Beruf auszuüben - einschließlich 60 Verhaftungen auf See, 12 Verletzungen und 20 Fälle von Sabotage oder Konfiszierungen der Boote und Fischfanggeräte. Viele der Fischer und ihre Passagiere werden demütigender und unmenschlicher Behandlung ausgesetzt wie z.B. erzwungenes nacktes Untertauchen im Meer unter schlechten Wetterbedingungen. Obwohl das Oslo- Abkommen von 1993, das von der israelischen Regierung und der palästinensischen Behörde unterzeichnet wurde, den Gaza-Fischern das Recht garantierte, in einer Zone von ca. 30 Kilometern vor der Küste zu fischen, hat das israelische Militär diese Zone nach und

nach auf drei Seemeilen (3,5 km) verkleinert und jede andere Präsenz im Wasser verboten. Während die reichsten Fischschwärme erst im Abstand von fünf bis acht Seemeilen vor Gazas Küste gefunden werden, hat der beschränkte Fischfangraum zur Überfischung im Küstenbereich geführt und zur Verminderung der Brutstätten. Gazas Fisch-Industrie, von der einmal mehr als 70 000 Menschen leben konnten, wird zerstört.

„Diese Einschränkungen und die Vergeltung für die Menschen in Gaza, die nur ihre Familien unterhalten wollen, ist Kollektivstrafe,“ sagt der Sprecher von Euro-Mid, Amani Senwar. „Viele Internationale glauben fälschlicherweise, dass die israelische Regierung im Jahr 2005 die Besatzung des Gazastreifens aufgegeben hat, als sie die Siedler von dort abzog. Doch diese Beschränkungen beim Zugang zum Meer machen deutlich, dass Besatzung und Blockade fortgesetzt werden und so das internationale Recht verletzt wird.“



Fischereihafen in Gaza-Stadt
Foto: röm

Die Fischer in Gaza brauchen unsere Solidarität.

*Viele Grüße aus Berlin
Ingrid Koschorreck*

PS. In der letzten Ausgabe des Palästina Journals hatten wir um Spenden für einen Kindergarten in Khan Yunis im Gazastreifen gebeten. 255,00 Euro sind zusammen gekommen. Die DPG dankt allen Spenderinnen und Spendern.

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft bittet Sie um Spenden auf ihr Konto, DPG e.V., Stichwort „Fischer in Gaza“, Sparda West e.G., Düsseldorf, Konto-Nr. 600339210, BLZ 37060590

Kurzgeschichte: Außerhalb der Zeit

Meine kleine Armbanduhr bemerkt als Erste die Veränderung, die sich einstellt, wenn ich aus Palästina abreise oder wieder zurückkomme. Auf dem Hinflug kann ich immer beobachten, wie sie an meinem Handgelenk die Sekunden zählt und nur darauf wartet, dass die Räder des Flugzeugs auf der Landebahn aufsetzen. Dann stelle ich sie auf Ortszeit, und sie läuft wieder wie gewohnt. Sobald ich aber aus Palästina abreise, kann ich feststellen, wie sie lustlos dahintickt. Sie scheint den Abschied von ihrer Zeit, der mit der Landung auf einem Flughafen im Ausland bevorsteht, hinauszögern zu wollen.

Was ich da von meiner Uhr erzähle, mögen manche für übertrieben halten, zumal es eine so kleine Uhr ist, dass die Leute sich oft wundern, wie sie mir überhaupt die richtige Zeit anzeigen kann. Ich selbst könnte mich solchen Zweifeln anschließen, hätte ich nicht einiges über Uhren und die ihnen innewohnenden Fähigkeiten gelernt.

Es hatte in meiner Grundschulzeit mit einer Stunde in arabischer Literatur begonnen. Der Lehrplan lag damals, wie auch heute noch, in der Zuständigkeit der israelischen Zensurbehörde. Texte aus allen arabischen Ländern wurden unterrichtet, jedoch keine aus Palästina, denn man fürchtete, es könnten sich darin Anspielungen oder subtile Andeutungen finden, die das Bewusstsein der SchülerInnen für die Palästinafrage stärken würden. Daher behandelte man palästinensische Literatur als etwas Verbotenes und Tabuisiertes, so als handle es sich dabei um eine Art Pornografie. Eine einzige Geschichte war davon ausgenommen: „Die Uhr und der Mensch“ von Samira Azzam. Scheinbar stufte die Zensurbehörde die Erzählung dieser Autorin als unbedenklich ein.

Diese 1963 veröffentlichte Geschichte handelt von einem jungen Mann, der am Abend vor seinem ersten Arbeitstag zu Bett geht und seinen Wecker auf vier Uhr morgens stellt, um rechtzeitig den Zug zu erreichen, der ihn zu seiner Arbeit bringen soll. Kaum hat der Wecker bei Tagesanbruch geklingelt, klopft es an der Tür. Als der junge Mann öffnet, sieht er einen alten, ihm unbekannten Mann. Als er ihn fragen

will, wer er denn sei, ist der Alte auch schon im Dunkel des Morgengrauens verschwunden. Dies wiederholt sich Tag für Tag, bis der junge Arbeiter schließlich aufhört, seinen Wecker zu stellen. Erst nach vielen Monaten erfährt er, wer täglich bei ihm anklopft. Ein Arbeitskollege informiert ihn, dass jener Mann morgens bei allen Angestellten des Betriebs die Runde macht, um sie zu wecken, damit keiner zu spät zum Zug kommt und keinem dasselbe passiert wie einst seinem Sohn. Dieser war einmal erst am Bahnhof angekommen, als der Zug bereits anfuhr. Er klammerte sich noch an die Tür eines Waggons, doch seine Hand rutschte ab, und er geriet unter die Räder.

Auf den ersten Blick mag diese Erzählung für einen Zensor ungefährlich und harmlos erscheinen. Doch kein anderer Text hat mir jemals in meinem Leben Palästina so stark ins Bewusstsein gerückt wie dieser. Hatte es wirklich einmal palästinensische Angestellte gegeben, die jeden Morgen mit dem Zug zur Arbeit fuhren? Hatte es einen Bahnhof gegeben? Und eine Lokomotive, die das Signal zur Abfahrt gab? Hatte es tatsächlich einmal ein so normales Leben in Palästina gegeben? Und warum gab es das heute nicht mehr?

Diese Erzählung grub sich tief in mein Bewusstsein ein und gab mir das Gefühl, alles Normale und Gesunde, ja selbst alles Tragische im Leben verloren zu haben – so sehr, dass ich die abseitige und randständige Existenz nicht mehr länger ertragen konnte, in die wir seit 1948 verbannt sind, um kein „Problem“ darzustellen. Zum einen ist da also die Geschichte von einer Uhr und das, was sie mich über die Unmöglichkeit der Beschränkung des Lebens lehrte, zum anderen gibt es da meine kleine Armbanduhr. Diese gleicht eher dem alten Mann in der Erzählung von Samira Azzam als einer Schweizer Uhr, die lediglich dazu da ist, exakt die Zeit zu messen. Denn so wie der Mann in der Geschichte zu einer Uhr wird, um das Leben erträglicher zu machen, hat meine Uhr beschlossen, sich in ein menschliches Wesen zu verwandeln.

In Palästina bleibt sie manchmal gänzlich

stehen. Sie verfällt plötzlich in eine Art Koma und kann die Zeit nicht mehr anzeigen. Bei meinem letzten Besuch dort stellte ich sie wie gewohnt auf Ortszeit, als das Flugzeug in Lydd aufsetzte. Es war früher nachmittag, zehn Minuten vor zwei. Ich ging zur Passkontrolle, wo diesmal außergewöhnlich wenige Leute anstanden. Auch in meiner Schlange ging es zügig voran. Ich gab der Polizistin meinen Pass, und sie nahm sich Zeit, ihn zu kontrollieren. Dann noch mehr Zeit. Plötzlich tauchten drei Personen von Sicherheitsdienst, Polizei und Geheimdienst auf und nahmen mich beiseite. Es begann ein langes Prozedere von Verhören und Durchsuchungen, und alles lief ab wie in solchen Fällen üblich: Mein ganzes Leben musste ich erzählen, sämtliche Gepäckstücke wurden durchwühlt. Dann musste ich mich in einem Nebenraum einer Leibesvisitation unterziehen. Während eine Frau meine Schuhe und meinen Gürtel durchleuchtete, hielt eine andere meine Uhr in der Hand und betrachtete sie mit Hingabe und Bedacht. Sie sah auf ihre eigene Uhr, dann wieder auf meine. Danach noch einmal auf ihre Uhr, dann wieder auf meine. Als die erste Beamtin mit meinen Sachen zurückkam, eilte die andere auf sie zu und teilte ihr mit, dass mit meiner Uhr etwas nicht stimme. Sie gehe nicht. Während auf ihrer Uhr fünf Minuten vergangen seien, sei meine keine Minute vorgeückt. Die beiden riefen nun den Sicherheitsbeamten herbei. Ich bekam starkes Herzklopfen.

Ich weiß nicht, wie viel Zeit vergangen war, bis jeder Verdacht gegen meine Uhr und mich ausgeräumt war und man uns gehen ließ. Als ich zu Hause ankam, stellte ich fest, dass es neun Uhr abends war, während meine Armbanduhr noch immer zehn vor zwei anzeigte. Es schien, dass sie mich trösten wollte, indem sie mir vorspielte, dass die ganze Durchsuchung null Minuten gedauert und somit gar nicht stattgefunden hätte, oder dass sie sich einfach weigerte, die Zeit zu zählen, die meinem Leben einzig und allein dazu geraubt worden war, um mich zu frustrieren. Als wollte sie die Zeit anhalten, um die Stunden des Kummers auszulassen.

Doch so nachlässig sie mit der Zeit in Palästina umgeht, im Ausland bleibt meine Uhr niemals stehen. Nie hat sie auch nur eine Sekunde der dortigen Zeit versäumt, ja zuweilen geht sie dort schneller als nötig so als wollte sie sich jedes Moments so schnell wie möglich entledigen, um der palästinensischen Zeit wieder näher zu sein.

Aber ob sie nun sieben oder null Stunden von Palästina entfernt ist: Meiner kleinen Uhr ist das gleich. Sie möchte mich trösten und entführt mich, wohin immer ich reise, hinaus aus der Zeit.

*Adania Shibli
Aus dem Arabischen von Günther Orth.
Deutsche Erstveröffentlichung in: Life! Documenta magazine. No. 2., Documenta 12. von Schöllhammer, Georg (Hg.), Köln: Taschen, 2007, Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin.*

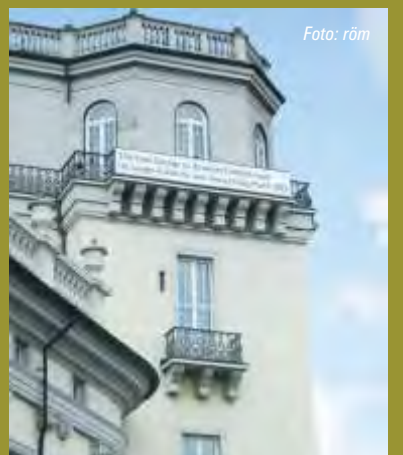


Foto: röm

Emily Jacirs Projekt „ex libris“ war während der Documenta 13 im Zwehrenturm im Fridericianum in Kassel untergebracht. Es ist ein Denkmal für die rund 30 000 Bücher, die 1948 bei Plünderungen aus palästinensischen Wohnungen und Bibliotheken weggamen. 6.000 dieser Bücher befinden sich heute in der Jüdischen Nationalbibliothek in Westjerusalem, wo sie unter der Signatur A.P. (Abandoned Property, also im Stich gelassenes Eigentum) erfasst sind. Die Documenta-Arbeit stellt Fragen in Bezug auf die Rückführung der Bücher an ihre ehemaligen Besitzer bzw. deren Nachkommen.

Impressum

ISSN 1436-252X

Herausgeber

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Postfach 150426; 10666 Berlin;
Hektorstraße 17, 10711 Berlin
dpg@dpg-netz.de; www.dpg-netz.de

Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Duisburg)
Jan-Günther Frenzel (Berlin)
Ingrid Koschorreck (Berlin)
Dr. Detlef Griesche (Bremen)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Dieter Neuhaus (Frankfurt)
Petra Schöning-Raspe (Köln)
Jürgen Sendler (Berlin)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift
redaktion@dpg-netz.de

Satz, Layout und Druck

TS DESIGN



TS DESIGN MEDIA
Corbiestraße 1
37671 Hörter
Telefon 05271 959477
www.tsdesignmedia.com

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint im Jahr 2012 einmal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen zu können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
Konto-Nr. 300 339 210
BLZ 370 605 90

gefördert durch

